

Wöchentlich 60 Bl. monatlich 3,00 Bl. im voraus zahlbar. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Samstags und Montags einmal, die Rheinische Ausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“.

Vorwärts Berliner Volksblatt

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die viertägige Kampagne ... 20 Blätter ...

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Bankkonto: Berlin 37536. - Bankkonto: Bank der Arbeiter Angehörigen und Beamten, Wallstr. 65

Der Handel beginnt.

Regierungsparteien beraten über die Deckungsvorlagen.

Die Führer der hinter der Reichsregierung stehenden Parteien trafen am Dienstagabend um 8 Uhr zu einer Besprechung zusammen.

Vor dieser Besprechung hatte der Reichskanzler Einzelunterredungen mit den Führern der Regierungsparteien, in deren Verlauf der volksparteiliche Abgeordnete Scholz bestimmte Vorschläge in der Richtung einer Aufhebung der unbeschränkten Zuschußpflicht des Reiches zur Arbeitslosenversicherung machte.

Zuletzt wird mitgeteilt: In der gestern unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning stattgefundenen Besprechung mit den

Führern der hinter der Regierung stehenden Parteien wurde das Deckungsprogramm auf das eingehendste erörtert, wobei die Parteien als Ergänzung dieses Programms Anregungen vortrugen.

Ueber diese Anregungen wird das Reichskabinett heute nachmittags seine Entscheidung treffen und alsdann die Fraktionen darüber zur endgültigen Stellungnahme auffordern.

Wie wir erfahren, soll der Reichskanzler sich in den Besprechungen geneigt gezeigt haben, den Wünschen der Volkspartei entgegenzukommen.

Auf jeden Fall läßt die amtliche Mitteilung erkennen, daß die neueste Deckungsvorlage heute schon wieder von einer allerneuesten abgelöst werden wird.

Kabinetts-Partei Führer - wieder Kabinetts-Parteien - und was dann, wenn damit immer noch keine Mehrheit zusammen ist?

Deutsche Schmach am Rhein. Ist Plündern nationale Tat?

Wir haben anscheinend einmal wieder „große Zeit“. Jedenfalls erinnern die Plünderungen, die unter der Maske eines Raufeldzuges gegen Separatisten am Rhein vor sich gehen, lebhaft an gewisse Vorkommnisse aus dem August 1914. Auch damals tauchten unmittelbar nach der Kriegserklärung jene „wohlorganisierten Banden“ auf, die ihren deutschen Heldenmut im Plündern von Geschäften mit ausländischen Firmenschildern erprobten.

Wer all dieses noch im Gedächtnis hat, der wird mit großer Skepsis die Meldungen über Ausbrüche des Volkszorns in der geräumten dritten Zone betrachten. Es muß allein auffallen, daß bei der Räumung der ersten und zweiten Zone solche Ausbrüche nicht zu verzeichnen waren, obwohl es auch dort Separatisten gegeben hat und obwohl diese Gebiete kaum weniger als die zuletzt geräumte Zone unter der Besatzung gelitten haben.

Selbst wenn es sich bei den Ausschreitungen so sehr um elementare Äußerungen eines explodierenden Volkszorns gehandelt hätte, wie es in Wirklichkeit wohl vorbereitete politische Zmedaktionen waren - selbst dann vermöchten wir sie nicht zu billigen. Der Zorn ist bekanntermaßen ein schlechter Berater. Er vergreift sich ebenso leicht an Unschuldigen wie an Schuldigen.

Sodann aber ist es eine feststehende Erfahrung, daß bei solchen Exzessen ein wirklich Erregter neun Subjekte an seine Fersen heftet, denen es lediglich um Betätigung instinktiver Zerstörungslust oder um ganz gemeines Beutemachen zu tun ist. Es muß auffallen, daß der „Volkszorn“ in den Städten der dritten Zone sich fast ausschließlich gegen Läden- und Geschäftsinhaber richtet hat.

Friedrich Wilhelm IV., der Meinedigste der Hohenzollern, hat einmal die Grausamkeiten der Konterrevolution gegen die Männer von 1848 mit dem zynischen Wort verteidigt: „Patriotismus ist auch in seiner Entartung schön.“

Deutschland und Paneuropa.

Antwort an Briand. - Revisionsmöglichkeit! - Beratung im Reichstagsausschuß.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags befaßte sich am Dienstag mit der deutschen Antwort auf das französische Memorandum über die Organisation einer europäischen Bundesordnung.

Reichsaußenminister Dr. Curtius gab eine eingehende Darstellung von Entwicklung und Verlauf der Besprechungen und Konferenzen, in denen die Aktion Briands entstanden ist, und der Stellungnahme Stresemanns dazu. Der Minister erläuterte das französische Memorandum in seinen Einzelheiten und kennzeichnete die deutsche Stellung hierzu; er betonte, daß die deutsche Antwort rechtzeitig bis zum 15. Juli in Paris überreicht werden wird.

An diese Ausführungen schloß sich eine umfangreiche Aussprache, an der sich Mitglieder aller Fraktionen beteiligten. Der Vorsitzende stellte dann fest, daß die Mehrzahl der Parteien sich unter bestimmten Vorbehalten für positive Arbeit im Verfolg des französischen Memorandums ausgesprochen hätten.

Inhalt der deutschen Antwort.

Die Antwort der Reichsregierung, die in den nächsten Tagen in Paris überreicht werden wird, dürfte im wesentlichen auf die Erklärung der Bereitwilligkeit zur Teilnahme an den Verhandlungen im September zu Genf hinauslaufen. Indem man die Initiative Briands grundsätzlich begrüßt, wird man doch zunächst vermeiden, dem Gedanken eines Paktes der europäischen Staaten näherzutreten und

eine Reihe von Fragen und Bedenken

formulieren, die in der Konferenz der Regierungsovertreter zu diskutieren wären.

Die deutsche Regierung lehnt eine Union ab, die darauf hinausläuft, den durch die Friedensverträge geschaffenen Zustand zu stabilisieren. Sie wünscht vielmehr die

Schaffung von Garantien für die Ermöglichung einer Revision der Friedensverträge.

und zwar von Garantien, die über die Bestimmungen des Art. 19 des Völkerbundespaktes hinausgehen. Die Antwort weist auf die Notwendigkeit einer stärkeren Betonung der wirtschaftlichen Ziele hin, deren Verwirklichung nicht, wie Briand will, von der vorherigen Lösung der politisch-militärischen Probleme abhängig gemacht werden darf. Schließlich wird auf die Gefahren hingewiesen, die durch einen neuen organisatorischen Aufbau (besonders europäisches Sekretariat usw.) dem Organismus und der Bedeutung des Völkerbundes erwachsen können. Es wird damit gerechnet, daß am Ende der Genfer Besprechung im September die Einsetzung einer Studienkommission stehen wird, die alle Details des Planes einer genauen Prüfung unterziehen soll.

Pariser Echo der Revisionsparole.

Paris, 8. Juli. (Eigenbericht.)

Die europäische Rundfrage Briands scheint auf die politische Stellung der europäischen Staaten wie Scheidewasser wirken zu wollen. Schon jetzt haben sich, obwohl erst drei offizielle Antworten eingegangen sind, deutlich zwei Parteien gebildet: unter Führung Frankreichs und der Kleinen Entente die Partei für die strikte Aufrechterhaltung des augenblicklichen Vertragszustandes, unter

Führung Italiens die Partei für die Revision der Verträge. Obwohl die „Revisionsisten“ unter sich selbst gespalten sind, weiß jeder unter Revision etwas anderes versteht, hat

die von Italien lancierte Parole doch in Paris wie ein Donner Schlag gewirkt.

Man ist hier natürlich bewußt, daß Mussolini mit seiner Revisionsparole keineswegs an Versailles, geschweige denn an eine Rückgabe Südtirols denkt, aber man scheint zu befürchten, daß Mussolinis Lockungen in Deutschland auf fruchtbaren Boden fallen könnten. So erklärte der „Matin“ dieser Tage, daß Deutschland in der Verständigung mit Frankreich finanzielle Unterstützung, bessere Reparationsregelung, freieres Militärstatut und unbedingte Sicherung seiner Verbindung mit Ostpreußen finden können. Heute wirft der „Paris Mid“, der sonst nicht sehr deutschlandfreundlich ist, die Frage der Gewissensforschung auf: „Hat Frankreich gegenüber Deutschland immer alles getan, was es hätte tun können? Und dann erklärt das Blatt: „Wenn Deutschland und Frankreich einig sind, regeln sich alle Streitfragen von selbst. Deutschland und Frankreich geeint, können Europa nicht beherrschen, aber befrieden. Es ist klar, daß Deutschland nach dem Young-Plan und nach der Räumung des Rheinlands von uns nicht noch den Verzicht auf das Saargebiet, die Rückgabe der Kolonien, die Aufhebung des polnischen Korridors und den Anschluß Österreichs gegen ein Lächeln erholten kann. Aber wenn die Reichsregierung sich mit uns in direkter Aussprache ohne Hintergedanken und Ausläsichte alle Streitpunkte, die uns trennen, aus der Welt schaffen will, dann ist Frankreich bereit dazu.“

Der Lappo-Aufmarsch.

Es gibt noch bürgerliche Kritik.

Helsingfors, 8. Juli.

Die Morgenblätter beschäftigen sich ausführlich mit der gestrigen Lappo-Rundgebung. „Luft Suomi“ sieht in dem Verlauf dieses Tages eine Erhöhung des finnischen Ansehens im Ausland (!). Die Ergebnisse der Rundgebung müßten schnell ausgebaut werden. „Hufvudsbladet“ (schwedisch-bürgerlich) erkennt die mustergültige Organisation an, findet aber die Lage noch reichlich ungeklärt. „Helsingin Sanomat“ betont, daß viele Teilnehmer glaubten, gegen die Kommunisten aufzutreten und nicht wußten, daß die Führung auch andere Zwecke verfolgte. Das Blatt verlangt Arbeitsfrieden für den Reichstag.

Abrüstung wider willen.

Ein japanisches Kriegsschiff von einem anderen torpediert

Tokio, 8. Juli.

Bei Manövern in der Bai von Tokio wurde ein Torpedobootzerstörer durch ein von einem anderen Torpedoboot in falscher Richtung abgeschossenes scharfes Torpedo so schwer havariert, daß er in sinkendem Zustand zur Marinewerft von Yokosuka abgeschleppt werden mußte. Tote sind nicht zu verzeichnen.

Brandmarfung der Genoffenschaftsfeinde.

In der Finanzdebatte des Reichstages.

als hundert harmlose Automobilisten die verrückte Jagd nach den „Goldautos“ mit Prügelein und Steinwürfen küßten, als Hunderte von harmlosen Ausländern die Spionerie mit schwerer Mißhandlung, teilweise sogar mit dem Leben bezahlten.

Das Ekelhafteste ist die Feigheit eines angeblichen Mannesjorns, der sich erst in der Stunde aufbäumt, als es nicht mehr gefährlich ist, der Heldentaten zu berichten glaubt, wenn er in hundertfacher Uebermacht über einzelne herfällt. Es ist bezeichnend, daß solchen billigen „Siegen“ gerade die Kreise applaudieren, die sonst einen ganzen Kader der Ehre des Heldentums, der Ritterlichkeit und der Mannhaftigkeit parat haben. Wer nur den geringsten Sinn für wahre Ehre und wahres Heldentum hat, der wird sich mit Beschämung und Verachtung von diesen Taten abwenden, die eine Schmach für den deutschen Namen und für eine Nation, die sich ritterlicher Gesinnung rühmt, darstellen.

Gegen die Separatisten hat die deutsche Sozialdemokratie und haben die sozialdemokratischen Arbeiter am Rhein mit vollem Einsatz ihrer Persönlichkeit gekämpft, als diese eine Gefahr bildeten und als der Kampf gegen sie gefährlich war. Weit mehr als das schwankende Bürgertum hat die entschlossene Arbeiterschaft die separatistische Gefahr am Rhein gebannt. Die unter Führung der Sozialdemokratie getriebene Verständigungspolitik hat mit ihrem Erfolg, der Befreiung des Rheinlandes, diese Gefahr heute in nichts zerflattern lassen und den separatistischen Spul für ewig aus der Welt geschafft. Uns genügt dieser Sieg in seiner ganzen politischen und moralischen Größe. Die Arbeiterschaft befreit ihre Siege nicht durch kleinliche Racheakte, wie sie das gegenüber den zitternden Verlierern des Weltkrieges schon 1918 gezeigt hat. So auch jetzt im Rheinland. Unbefriedigte und ungefüllte Rachegefühle können nur die haben, die an der großen Tat der Rheinlandbefreiung in jeder Beziehung unbeteiligt sind. Sie sollten ihre Verdienstlosigkeit nicht so offen zeigen, daß sie aus ihrer persönlichen Schande eine deutsche Schmach machen.

Hat sich Deutschland verpflichtet?

Aus dem „Temps“ erfährt man's — während die Reichsregierung schweigt.

Die deutschnationale „Berlinerische Zeitung“, die als die meisten Blätter über die „Volksjustiz“ am Rhein frohlockt, hat vor drei Tagen die erstauenterrichtete Frage beantwortet, ob denn wirklich über das eigenartige Amnestieverprechen gegenüber früheren Separatisten hinaus Deutschland die internationale Verpflichtung zur Verhinderung von Repressalien übernommen habe. Dieser Gedanke erschien dem nationalistischen Blatt geradezu unvorstellbar und als eine Erfindung des „Bormärts“.

Inzwischen berichtet die „Frankfurter Zeitung“ aus Paris, daß der „Temps“ aus den Verhandlungen zwischen Deutschland und den Besatzungsmächten folgende Stelle zitiert:

„Die deutsche Regierung wird alle gesetzlichen Mittel, die sie zur Verfügung hat, einschließlich derjenigen der Justizverwaltung, anwenden, um zu verhindern, daß rechtsmüßige Vergeltungshandlungen, sei es unmittelbar oder mittelbar, gegen irgend jemand wegen der im vorigen Abschnitt bezeichneten Handlungen ergriffen werden.“ (Unter den im vorigen Abschnitt bezeichneten Handlungen sind alle, die irgendwie aus separatistischer Gesinnung herrühren, zu verstehen.)

So etwas erfährt man also aus dem „Temps“. Unsere Kenntnis beruht auf einem Telegramm der Agentur Europa-Breeh aus London über das Reichsblatt, das die englische Regierung auffälligerweise gleich nach Bekanntwerden der ersten Skizze herausgegeben hatte.

Bis heute aber hat die Reichsregierung noch immer nicht den Mut gefunden, diese Tatsache mitzuteilen. Sie läßt das deutsche Volk darüber im unklaren, wozu sie sich international verpflichtet hat, so daß den uninformierten, perfekten Lesern der Rechtspreffe nicht nur in der Provinz, sondern auch in Berlin erzählt werden kann, die diplomatische Aktion Frankreichs stehe eine „Ermischung“ dar, und sie sei sogar vom „Vorwärts“ veranlaßt worden!

Was ob die Reichsregierung keine Nachrichtenagenturen zur Verfügung hätte, um diese notwendigen Feststellungen bekanntzugeben zu lassen! Dafür läßt sie durch diese Nachrichtenagenturen ihre „psychologische Erklärung“ für den Umfang der Gewalttaten im Rheinland mitteilen und sie steht untätig zu, wie Volkspfeifehängerungen der römischen Faschistenpresse verbreitet werden. Dieses Verhalten wird immer kläglicher.

„Knüppelt sie nieder!“

Hakenkreuzler überfallen Hakenkreuzopposition.

Die Schriftleitung des „Nationalen Sozialisten“ teilt mit: Dienstagmorgen zwischen 16 und 17 Uhr wurde der „NS-Zeitungsdrucker K., der am Uferpalkast am Zoo seinen Stand hat, von einer Anzahl von Goebbels-Leuten niedergeschlagen. Schwuppschiffen, die sofort eingriffen, brachten den schwer mißhandelten Händler zur Rettungsmache. Gegen die Täter, die polizeilich festgestellt worden sind, wird sofort gerichtliche Vorgehensmaßnahmen ergriffen.

Die Thälmann-Zentrale schickt ihre Kommandos gegen die Brandler-Leute, Herr Goebbels läßt die Straßer-Leute niederknüppeln. Die Faust und der Schlagring ersetzen jedes andere Argument. Herr Goebbels ist inzwischen aus Mut „frank gemeldet“.

Hakenkreuztrach in Plauen.

Der Gouverneur der Nationalsozialisten für Sachsen, der Fabrikant Ruffmann, hat die Nazi-Statuoverordneten Sad und Wolf in Plauen, die bisherigen Wortführer der nationalsozialistischen Fraktion, aus der Partei ausgeschlossen. Sie wollten den „verfluchten Kobasergehorfam“ nicht mehr mitmachen.

Ein blutiger Zusammenstoß ereignete sich am Dienstag in Mansurah (Ägypten) als Militär und Polizei in Stärke von 1700 Mann eine Versammlung des zurückgetretenen Ministerpräsidenten Rabas Pascha verhindern wollten. Es wurden sechs Personen getötet, davon drei Demonstranten, und 46 verletzt, davon 12 Demonstranten.

Der Reichstag setzte gestern, 15 Uhr, die Beratung des Etats des Finanzministeriums fort.

Abg. v. Sebel (Chr.-nat. Bp.) bezieht die vom Finanzminister erhoffte Zunahme der Fähigkeit der Landwirtschaft zur Selbsternährung Deutschlands. Er fordert Hilfsmassnahmen für die durch Hagelschlag geschädigten Gemüßbauern des Rheingaus und Aufhebung der handelsvertraglichen Fallbindungen, Verwaltungslostenbeitrag zugunsten der Gemeinden, Senkung der Grundsteuer und Verminderung des Personals der Steuerverwaltung. Kapitalflucht bekämpft man nicht durch Verbote und schmutzige Spiegelmethode.

Abg. Dr. Cramer (D. Bp.) spricht ausführlich gegen den Personalüberfluß der Finanzverwaltung. Die letzten Rezerden des Reichs sind 1928 unter der Regierung Worg verbraucht worden; der Beginn der Finanznot liegt nicht etwa nur um einige Monate zurück. Das Parlament muß seine

Ausgabeständigkeit ohne genügende Deckung

einschränken. Die Resolution zur Rheinlandhilfe macht unserem guten Herzen alle Ehre; aber keiner hätte den Mut, die Deckungsfrage aufzurufen, ebenso bei der geschaffenen Öl- und Agrarhilfsaktion. Leitartikelartige Gesetzesentwürfe sind leicht zu machen, aber nicht erfüllte Versprechungen enttäuschen das Volk viel mehr als nicht gemachte Versprechungen. (Zuruf von den Soz.: So wird es auch mit den Steuerentlastungen sein!) Rein, da wird mit gutem Willen alles durchführbar sein. Minister Hülferdings Steuerentlastungsprogramm ist am Widerstand der Ressorts gescheitert; wir haben dieses Programm wieder aufgenommen. Jetzt hat selbst die Bürokratie des Finanzministeriums, die sonst jeden verlassenen Finanzminister bis zum letzten Blutstropfen verteidigt, die Notwendigkeit der Steuerentlastung anerkannt. Sogar bei den indirekten Steuern haben wir zum Teil schon das Maximum des möglichen Steuerertrags überschritten, so bei der Brantweinsteuer, die trotzdem niedrigere Erträge gibt. Das gleiche droht bei der Biersteuer.

Das Reich darf bei einer Katastrophe nicht dem Schicksal der Arbeitslosen mit den Händen in der Tasche zusehen, ohne sich um sie zu kümmern, aber die Arbeitslosenversicherung muß sich selbst denken.

Wären wir im vorigen Sommer zu einer Einigung gekommen, gegebenenfalls mit erhöhten Beiträgen (Hört, hört! bei den Soz.), so hätten wir jetzt nicht ein so furchtbares Defizit. Um die Wirtschaft wieder anzufurbeln, müssen vor allem Preise und Löhne gelockert werden. In der kapitalistischen Wirtschaft muß die öffentliche Hand auf die Initiative zur Arbeitsbeschaffung verzichten und die Privatinitiative anspornen. Das jetzt geplante Arbeitsbeschaffungsprogramm ist ein gefährliches Wagnis. Wir sind gegen die Sonderbelastung der Beamten (Juriste der Demokraten), das waren wir immer, sonst sähe unser Parteifreund Rodenhauer noch auf dem Ministerstuhl. Alle Leistungsfähigen — dazu sind wir nicht durch unsere Beamtenvertreter gedrängt worden — müssen Opfer bringen, aber nicht nach dem System, daß man die Steuern heruntersucht, wo man sie kriegen kann. Die Bürgerabgabe, der Verwaltungslostenbeitrag, ist doch nicht vom Himmel gefallen. Wir haben lange darüber in der vorigen Regierung beraten, und ohne den Konflikt wegen der Arbeitslosenversicherung wären diese Steuern schon in Kraft. Die Gemeinden waren bisher nicht Ausgabensträger, sondern nur Ausgabenbewilliger. (Abg. Dr. Herz [Soz.]: Das sind leere Schlagwörter!) Rein, denn es ist besser, statt Realsteuer- und Tarifherhöhungen der Versorgungsbetriebe einen

allgemeinen Verwaltungslostenbeitrag

einzuführen. Man kann ja die Kopfsteuer durch die Vermieter oder Unternehmer einzuziehen, was fast alle unsere Steuern (Heiterkeit; Zuruf links: Dann lieber vom Gerichtsvollzieher!) nicht Artikel 48 und plötzlichen Eingreifen kann man die Wirtschaft nicht heilen und das Vertrauen in sie nicht wiederherstellen, vielmehr würden dann Kämpfe ausbrechen, die alles in Frage stellen. Die Reichsregierung muß also durch Verständigung eine Mehrheit gewinnen. (Beifall der Volkspartei.)

Abg. Collofer (Wirtsch.): Wenn man die Blatte der Firma Deutschland auf die Jaung-Lasten allein zurückführt, so drückt man sich nur von der Verantwortung. Ordnung muß geschaffen werden, denn eine neue Revolution würde Ströme Blut lassen;

nicht umsonst marschieren die verschiedenen inmerdeutschen Armeen feldblutmäßig auf und schlagen sich einmischen die Köpfe ein.

Ob aber Hitler oder Mostau siegt — den Schaden bezahlen der Bürger und der Bauer. Man redet vom Sparen, aber wenn es soweit ist, will keiner von. Es ist unerhörte, daß Bürgermeister nicht Gehalt bekommen als Reichsminister. Die Riesegehälter in Gemeindebetrieben fördern die Luderwirtschaft und gefährden die Selbstverwaltung. Wir fordern Wiedereinführung der Gemeinde- und Landesbezüge auf die Einkommensteuer, darauf ist die Kopfsteuer nur eine Abschlagszahlung. Die Steigerung der Verbrauchsabgaben mindert den Verbrauch, kann also nicht weitergetrieben werden. Selbstverständlich stimmen wir für die Pensionskürzung auf 12000 Mark. Die Arbeitsdienstpflicht ist für die Jugend in der Notzeit sehr angebracht, sie soll ihr Vaterland selbst aufbauen. Die freie Betätigung der einzelnen hat Deutschland groß gemacht, zu Bruch gegangen sind wir, als wir uns selbst fesseln angelegt, h. h. Charakter gemacht haben. (Heiterkeit.) Die Inflation der Bürokratie muß verschwinden, gerade im Interesse der Beamten. Wir sind weder beamteten, noch arbeitseindlich, denn der Mittelstand ist auf diese Stände angewiesen, und sie sollten keine Kunden sein. (Heiterkeit.) Der Redner schlägt mit höchster Zitterung eines angeblichen optimistischen Aufstiegs der Volksbeauftragten vom November 1918.

Abg. Dr. Reichold (Dem.): Eine Hebung der Finanznot ist nicht möglich ohne gleichzeitige Festslegung eines Finanz- und Wirtschaftsprogramms, das vor allem Preisentlastung bringt. Die letzte Form der Arbeitslosenversicherung, die neben den Reichs- auch die oft mit Recht kritisierten Gemeindefinanzen belastet, gestattet keine nur vorläufige Entlastung, die die Katastrophe im Herbst nicht ausschließt. Schematische Einführung der Bürgerabgabe und der Berufssteuer für alle Gemeinden ist nicht zweckmäßig. Wir verlangen einen Stichtag für die Bürgerabgabe, nach dem sie nicht mehr erhöht werden darf. Ich behelme mich noch wie vor zu dem vom Abg. Herz bekämpften Prinzip „hart am Rande des Defizits“ (Hört, hört! links.) Nur muß es richtig verstanden werden, daß nur notwendige Ausgaben und Steuern beschlossen werden. Ich wollte nicht etwa für unsichere Deckungsversuche eintreten. (Stonische Zurufe links.) Unter

Minister Dietrich hat erstaußerwiese die Ersparnispläne gegenüber Rodenhauer stark erweitert.

Es ist paradox, in Zeiten, wo es uns gut ging, schwebende Schulden anzuhäufen und in der jetzigen Notzeit sie mit Gewalt beseitigen zu wollen. Den Deckungsanlagen stehen wir außerordentlich kühl gegenüber (Hört, hört! links), immerhin sind sie gegen die Rodenhauerische Fassung erheblich verbessert. Die Form des Rezipiens ist unannehmlich und ungesund. Ein Etat, der solche Unsicherheitsfaktoren, wie die jetzige Form der Arbeitslosenversicherung enthält, ist kein Anlaß zu großem Vertrauen für die Regierung, deren Vorschläge rein profitorisch und ungenügend sind.

Abg. Peine (Soz.):

Der vom Abg. Collofer vorgeschlagene angebliche Aufruf der Volksbeauftragten ist niemals erlassen worden, sondern eine glatte Fälschung. Das ist auch hier im Haus bereits festgestellt worden.

Der wirkliche Aufruf der Volksbeauftragten ist im Reichsgeheißblatt vom 12. November 1918 veröffentlicht. In welchem Geiste die Volksbeauftragten ihr Amt übernommen haben, zeigen folgende Ausführungen Friedrich Eberts bei der Uebernahme der Geschäfte:

„Ich weiß, daß es Vielen schwer wird, mit den neuen Männern zu arbeiten, die das Reich zu leiten übernommen haben. Aber ich appelliere an ihre Liebe zu unserem Volk. Ein Verstoß der Organisation in dieser schweren Stunde würde Deutschland der Anarchie und dem schrecklichsten Elend überliefern. Heißt also, dem Vaterland durch furchtloses und unverbrochenes Weiterarbeiten, ein Jeder auf seinem Posten, bis die Stunde der Erlösung gekommen ist.“ (Hört, hört! links.)

Ruf zu der Interpellation, die der deutschnationale Abgeordnete Dr. Wienbeck eingebracht, aber nicht begründet hat; er hat vielmehr sechs Tage Urlaub genommen. Diese Interpellation ebenso wie eine Anfrage im Preussischen Landtag behauptet, daß die Konsumvereine zu unrecht steuerfrei seien, daß sie aber trotzdem Steuer hinterziehen, und daß der Reichsfinanzminister Dr. Hülferding sie aus Gründen der Freundschaft von der Körperschaftsteuer befreit habe. Sowohl die Interpellation wie die Anfrage im Landtag sind noch vor der Einbringung veröffentlicht worden, woraus die Absicht deutlich genug hervorgeht, die

Öffentlichkeit gegen die Genoffenschaften einzunehmen.

Die Interpellation weist auf den Konsumverein Götting hin. Nach § 42 des Körperschaftsteuergesetzes sind Genoffenschaften, die einem Revisionsverband angehören und die ihren Geschäftsbetrieb auf ihre Mitglieder beschränken, von der Körperschaftsteuer frei. Ein Verkauf an Nichtmitglieder kann höchstens durch Unachtsamkeit oder Versehen oder aber durch Verleitung erfolgen, die von Spießer aus bösem Willen verübt wird. Bis 1929 haben die Finanzgerichte und der Reichsfinanzhof in ständiger Praxis solche unerheblichen Ueberschreitungen nicht als Grund zur Veranlagung der Körperschaftsteuer angesehen. Seit 1929 ist das aber geschehen, und zwar auch dann, wenn die Ueberschreitungen des Mitgliederkreises auch nur den Bruchteil eines Prozents betragen haben. Infolge dieser geänderten Praxis ist man zur Heranziehung der Genoffenschaften zur Körperschaftsteuer übergegangen und die Beschwerden dagegen sind zumest abgewiesen worden. Man hat aber die

Körperschaftsteuer dann vom Jahre 1924 an nachgefordert, obgleich gar keine Mittel dafür vorhanden sein konnten,

da doch der Ueberschuß den Mitgliedern rückvergütet wird, und die Konsumvereine bei ihrer Kalkulation solche Steuerbeträge gar nicht mit einrechnen konnten. So war es auch im Konsumverein Götting. Während die Interpellation Wienbeck behauptet, dort seien bemußte Hinterziehungen begangen und Steuerstrafen verhängt worden, erklärt der Konsumverein Götting, daß diese Behauptungen vollkommen unwahr sind. Die Wahrheit ist, daß das Finanzamt eine Buchprüfung vornahm, auf Grund deren die Körperschaftsteuer rückwirkend für 1924 bis 1928 veranlagt, weil über den Mitgliederkreis hinaus verkauft worden sei. Der Konsumverein ist der gegenteiligen Ansicht. Er hat sich an das Reichsfinanzministerium mit dem Antrag gewendet, wenigstens die Körperschaftsteuer für die seit 1925 ausgezahlten Rückvergütungen zu erlassen. Das geschah dann auch, und zwar für 1925/26 im Betrage von 70 326 Mark, 1926/27 für 94 962 Mark und 1927/28 für 117 302 Mark. Im übrigen ist für die Reingewinne die Körperschaftsteuer bezahlt worden.

Ein großer Konsumverein mit einem Jahresumsatz von 42 Millionen soll wegen einer 0,2prozentigen Ueberschreitung des Mitgliederkreises für diese geringe Summe die Körperschaftsteuer zahlen!

(Hört, hört! links.) Die Erlasse des Reichsfinanzministers vom 5. Juli und 5. Oktober 1929 haben natürlich nicht die Billigung der Konsumvereinsgegner gefunden, und im Ausschuss hat ein Wirtschaftsparteieller heftig dagegen gemittelt. Dabei aber hat der wirtschaftsparteieller Abgeordnete Bormann (seinen Edel-Genoffenschaften in einem Rundschreiben das gleiche Vorgehen unter einbringlichem Hinweis auf diese Erlasse des Reichsfinanzministers dringend empfohlen. (Hört, hört! links.)

Wir beklagen uns nicht über den Kampf gegen uns, wenn er mit offenem Bilde geführt wird, aber die Kampfesweise der Wirtschaftspartei und der Deutschnationalen verdient diese Bezeichnung nicht, sondern geht darauf aus, unsere Organisationen, deren prominente Vertreter und unsere Genossen Dr. Hülferding als damaligen Reichsfinanzminister herabzusetzen. Mit allen möglichen Manipulationen versucht man seit Jahren, die Ueberschreitung des Mitgliederkreises zu provozieren. Ein dicker Buch könnte man darüber schreiben. (Sehr wohl! bei den Soz.) Wir gehen dem Kampf nicht aus dem Weg, auch jetzt nicht, wo man den Genoffenschaften mit der Sondersteuer den Hals zudrückt. Mit allen diesen Mitteln können Sie die Konsumvereinsbewegung nicht aufhalten. Wenn Sie aber auf alles stolz sein wollen, was deutsche Arbeit leistet, dann sollten Sie

stolz sein auf die Genoffenschaftsbewegung, die niemals von einer Regierung Subventionen erbeilt, sich kraftvoller selbst emporgerichtet hat, die 3 Millionen Familien Kinderbewilliger zur Verzählung und zur Selbstverwaltung ihrer wirtschaftlichen Angelegenheiten erzoget hat.

Wer aber mit solchen Mitteln gegen die Konsumgenoffenschaften kämpft, richtet sich selbst, vernichtet sein Ansehen, wird aber niemals die Konsumvereinsbewegung niederwerfen können. (Beifall, anhaltender Beifall der Soz.)

Ministerialdirektor Jarden verteidigt gegenüber den bürgerlichen Parteien die Steuererleichterung gegenüber Genoffenschaften, deren Voraussetzungen des Umfanges die Grundzüge der Steuererhebung nie völlig sicher sein können. Von einem Strafverfahren gegen den Konsumverein Götting, der Steuerüberstellung für seine Unklarheitsrückvergütung erbielt, ist nie die Rede gewesen. Solche Straf- und Steuererleichterungsverfahren werden nur gegen die Konsumvereine eröffnet, die nachweislich öfter an Nichtmitgliedern verkaufen.

Das Haus vertagt die Weiterberatung um 15¼ Uhr auf heute, 15 Uhr. Außerdem dritte Beratung des Gesetzes über den endgültigen Reichswirtschaftsrat.

Provinzialrat gegen Bezirksauschuß.

Niedertage des hannoverschen Magistrats.

Hannover, 8. Juli. (Eigenbericht.)

In dem Streitverfahren zwischen der sozialdemokratischen Mehrheit des Stadtparlamentes und dem reaktionären Magistrat hat die Stadtverwaltung eine schwere Niederlage erlitten.

Der Provinzialrat der Provinz Hannover hat am Dienstag unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten Roste den Spruch des Bezirksauschusses als erster Instanz aufgehoben und entschieden, daß das Ortsstatut betreffend die Zusammensetzung des Magistrats in der bisherigen Form bestehen bleibt. Danach wird der Magistrat wie bisher aus 15 beurlaubten Magistratsmitgliedern bestehen. Der Abbaubeschluß des Magistrats ist infolgedessen hinfällig. Sobald die preussische Regierung den Spruch des Provinzialrats bestätigt hat, werden ein sozialdemokratischer Bürgermeister und drei sozialdemokratische Senatoren in den Magistrat von Hannover einzutreten.

Osthilfegesetz angenommen.

Die Beratungen des Haushaltsausschusses.

Am Haushaltsausschuß des Reichstages wurde unter dem Vorsitz des Abg. Heilmann (Soz.) die Beratung des Osthilfegesetzes fortgesetzt. Angenommen wurde eine Entschließung des Abg. Dr. Perltius (S.), wonach Reich, Länder und Provinzen dafür Sorge tragen sollen, daß für die nachgeborenen Bauernsöhne der Erwerb von Siedlerstellen sichergestellt wird, und zwar durch Einbeziehung der älteren Wirtschaft bei der Gewährung von Umschuldungskrediten für diesen Zweck, wie sie das Osthilfegesetz vorsieht.

Der Ausschuß nahm dann auch eine Entschließung des Abgeordneten Freiherr v. Rheinbaben (DZp.) an, worin die Reichsregierung ersucht wird, in dem von ihr angekündigten Gesetzentwurf über die Aenderung des Aufbringungsgesetzes vom 30. August 1924 Bestimmungen zu treffen, nach denen Unternehmungen, die ganz oder zum größten Teil innerhalb des einem wirtschaftlichen Reichtum unterworfenen östlichen Grenzgebietes liegen, mit Wirkung vom 1. Juli 1930 von der Aufbringungslast befreit werden, soweit diese nicht aus dem steuerpflichtigen Gewinn unter Abzug einer fünfprozentigen Verzinsung des Betriebsvermögens gezahlt werden kann.

Angenommen wurde ferner eine Entschließung des Abgeordneten Dr. Perltius (S.), wonach die Verwendung der im Osthilfegesetz vorgesehene Mittel zur Milderung der Realsteuerbelastung auch auf die Senkung der außerordentlich gestiegenen Kosten aus der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft ausgedehnt ist.

Die §§ 1 bis 4 des Osthilfegesetzes werden darauf unverändert nach der Regierungsvorlage angenommen.

Entsprechend einem Antrage des Abg. Schmidt-Spendt (Soz.) erhielt der § 6 eine von der Regierungsvorlage abweichende Fassung, wonach die zur Ansiedlung von land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern bereitgestellten Mittel auch als Anzahlungskredite für mittellose aber sachlich geeignete Arbeiter flüssig zu machen sind.

Die übrigen Paragraphen und die allgemeinen Bestimmungen des Osthilfegesetzes in seinem Abschnitt V wurden sodann vom Haushaltsausschuß ohne wesentliche Aenderungen angenommen.

Damit war die Beratung des Osthilfegesetzes im Haushaltsausschuß erledigt.

Ausbau der Krisenfürsorge abgelehnt.

Das Abstimmungsergebnis im Sozialpolitischen Ausschuss.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages lehnte am Dienstag die Anträge der Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten auf Ausbau der Krisenfürsorge ab.

Der Reichsfinanzminister erklärte im Verlauf der Debatte, daß ihm vorläufig die Mittel irgendwelcher Art für die Ausgestaltung der Krisenunterstützung nicht zur Verfügung stehen. — Schneider (Dem.) wies darauf hin, daß der Abbau von der Arbeitslosenversicherung zwangsläufig zu einer Belastung der Krisenfürsorge führen müsse. — Abg. Verlach (Soz.) kritisierte, daß der Reichsarbeitsminister sich zu der sozialpolitischen Notwendigkeit der Erweiterung der Krisenfürsorge nicht äußere. Der sozialdemokratische Antrag bezwecke, die Krisenunterstützung auf alle, insbesondere auch auf die baugewerblichen Berufe auszudehnen und die Bezugsdauer der Krisenunterstützung auf die Dauer der Arbeitslosigkeit zu erstrecken. Der Vorstand der Reichsanwalt habe den gleichen Vorschlag gemacht. Mit der Erklärung des Finanzministers könne sich der Ausschuss nicht abfinden.

Reichsarbeitsminister Stegerwald trat den Ausführungen des Reichsfinanzministers im wesentlichen bei und vermicdte es, für die Anträge über den Ausbau der Krisenfürsorge irgendeine Erfüllung in Aussicht zu stellen. — Müller-Lichtenberg (Soz.) unterstrich, daß nach § 101 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes heute die Voraussetzungen gegeben sind, unter denen der Arbeitsminister die Ausdehnung der Krisenfürsorge vorzunehmen hat. Nach einer Statistik des Baugewerksbundes hätten im vorigen Jahr von 500 000 Mitgliedern nicht weniger als 30 000 keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erwerben können.

Am Mittwoch wird der Ausschuss mit der Beratung der Novelle zur Krankenversicherung sich beschäftigen.

Reichspostminister greift durch.

Ein Erlaß gegen staatsfeindliche Bestrebungen.

Der Reichspostminister hat folgenden Erlaß herausgegeben: Bei der Beratung des Haushalts des Reichspostministeriums im Reichstag ist von verschiedenen Seiten gefordert worden, daß staatsfeindliche Bestrebungen in der Deutschen Reichspost entgegengetreten werden müsse. Ich habe erklärt, daß jede Agitation des Personal in staatsfeindlichem Sinne — ob rechts oder links — im Betrage der Deutschen Reichspost unzulässig ist und nicht geduldet wird.

Die Oberpostdirektionen haben dafür zu sorgen, daß künftig unter allen Umständen von den Dienststellen hiernach verfahren wird. Dem Personal ist zu eröffnen, daß jede Betätigung im staatsfeindlichen Sinne mit den Pflichten eines Angehörigen der Deutschen Reichspost, insbesondere mit dem Dienstvertrage eines Beamten nicht vereinbar ist und nicht geduldet werden kann. Die Dienststellen sind angewiesen, Wahrnehmungen obiger Art aufmerksam zu verfolgen, gegen Zuwiderhandlungen nachzugehen und gegebenenfalls an die Oberpostdirektionen zu berichten. Ueber den Stand der Angelegenheit ist bis auf weiteres regelmäßig an das Reichspostministerium zu berichten.

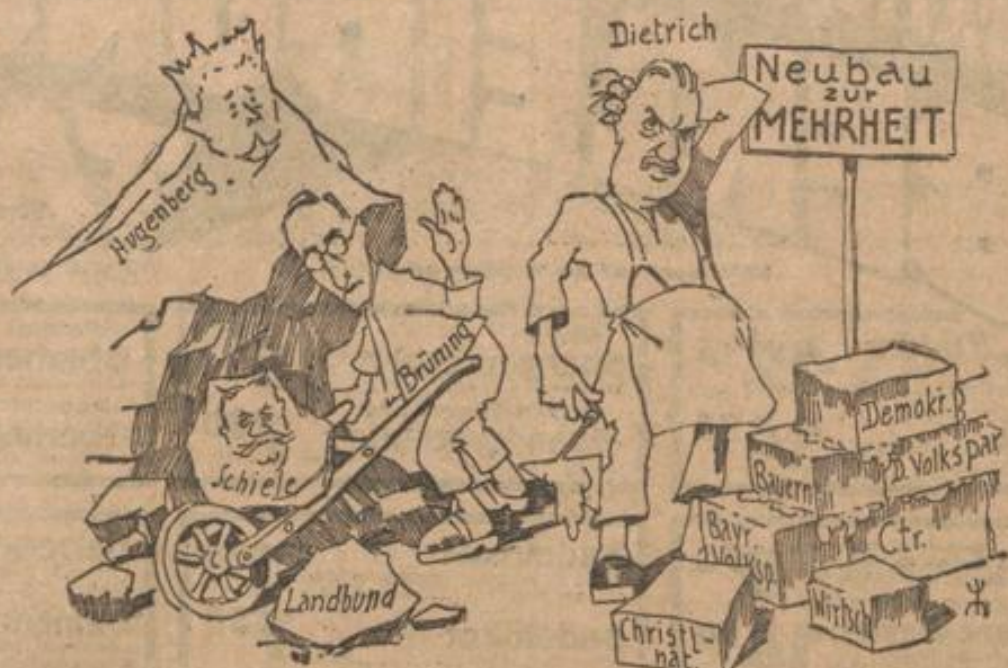
Bei diesem Anlaß weise ich in Beantwortung verschiedener Anfragen darauf hin, daß es staatsfeindliche Agitation ist, wenn Angehörige der Deutschen Reichspost an öffentlichen Umzügen und Versammlungen mit staatsfeindlicher Tendenz in Uniform oder Diensttrübe teilnehmen sollten.

Minister-Massenbeleidigung.

Ein Dolchtreffer unter Anklage.

Gegen den Schriftsteller Schumacher in Köln ist durch Beschluß des erweiterten Schöffengerichts in Köln das Hauptverfahren eröffnet worden. Schumacher wird angeklagt, zu Köln am 27. Oktober v. J. öffentlich durch die Presse durch ein und dieselbe Handlung den preussischen Ministerpräsidenten Dr. Brauns, den ehemaligen preussischen Minister des Innern Erzzeinst, die Reichsminister Dr. Schäkel, Dr. Dietrich, a Guérard und Reichsminister a. D. Severing beleidigt zu haben. Der Kuffah beleidigenden Inhalts war enthalten in Nr. 29 der in Köln erscheinenden nationalsozialistischen Wochenchrift „Beobachter“.

Stille Reserve.



Maurer Dietrich: „Die Steine für den Mehrheitsbau reichen nicht hin und nicht her.“
 Polier Brüning: „Keine Sorge! Der Steinbruch, den ich am Hugenberg entdeckt habe, scheint unerschöpflich zu sein!“

Zwei Schlappen an einem Tag.

Lardieus Mißgeschick in Kammer und Senat.

Paris, 8. Juli. (Eigenbericht.)

Die Regierung Lardieu hat sich am Dienstag in Kammer und Senat zwei Schlappen zugezogen.

In der Kammer begann am Dienstag die Debatte über die neue Petroleumkonvention. Sie fand aber ein schnelles Ende, da

die Kammer sich mit 297 gegen 275 Stimmen weigerte, überhaupt in die Diskussion einzutreten.

Es handelt sich bei dieser Konvention um die Ausbeutung des 25 prozentigen Anteils Frankreichs an den hypothetischen Petroleumquellen von Russland. Diesen Anteil hat die Regierung Poincaré vor den Neuwahlen vom Jahre 1924 einer Privatgesellschaft, der Compagnie Française des Petroles, zugesagt, ohne daß dieses Abkommen je vom Parlament ratifiziert worden wäre. Am Dienstag wollte die Regierung Lardieu, auf diesem nie genehmigten Abkommen aufbauend, der Compagnie auch noch das Petroleummonopol in Frankreich aushändigen, und zwar durch die Bestimmung, daß alle Händler bei ihr 25 Prozent ihres Bedarfs decken müßten. Der sozialistische Parteiführer Léon Blum

protestierte gegen die Ungeheuerlichkeit und verlangte, daß die Konvention von der Tagesordnung abgeseht werde, bis der erste Poincaré-Vertrag genehmigt sei. Obwohl die Regierung mit den niedrigsten Mitteln gegen die Opposition vorging — einige Rechtsblätter beschuldigten Léon Blum, daß er von einer Konkurrenz-Petroleumgesellschaft indirekt bestochen worden sei — schloß sich die Mehrheit des Parlaments Blums Protest gegen den staatlichen Petroleumskandal an. In Voraussicht seiner Niederlage hatte Lardieu darauf verzichtet, die Vertrauensfrage zu stellen.

Im Senat kam es bei der Interpellationsdebatte über einen Zwischenfall am Lehrerseminar von Tuz, dessen Schüler die Erlaubnis zur Teilnahme an einer republikanischen Kundgebung nicht erhalten hatten, zu einer grundsätzlichen Debatte über die Parteigesetzgebung. Lardieu hatte die Unvorsichtigkeit begangen, die Entrüstung der Senatoren als ungeachtet zu bezeichnen und die Vertrauensfrage zu stellen. Er „legte“ mit einer Stimme. Mit 140 gegen 139 Stimmen lehnte der Senat das von dem Interpellanten Blüpp eingetragene Mißtrauensvotum ab.

Fried hat es eilig!

Die Polizeiverstaatlichung durchgeführt.

Weimar, 8. Juli. (Eigenbericht.)

Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich wird am 11. Juli über den Antrag der thüringischen Regierung entscheiden, der die Sperre der Polizeizuschüsse für unzulässig erklärt haben will. Herr Fried hat unmittelbar vor diesem Termin noch schlussendlich die Polizeiverstaatlichung in Kraft gesetzt, die beiden von ihm ernannten Rationalsozialisten haben die Leitung der Polizei in Weimar übernommen. Die Eile ist bezeichnend!

Noch einmal Pastor Philipps.

Eine Fierde der Reaktion.

Zur Vervollkommnung des Charakterbildes des Pastors Philipps, der auf dem Evangelischen Kirchentag in Mannheim den sozialistischen Pfarrer Eckert am Reden verhindert, wird uns folgendes geschrieben:

Pastor Philipps ist stets ultrareaktionärer Deutschkonjunkturer gemessen, ohne es zu verheimlichen, sehr scharf auf die parteipolitischen Konjunkturen zu achten und nach den besten Konnexionen Ausschau zu halten. Darum spielte Philipps auch zunächst, ohne — wie er selbst gesteht — ganz bei der Sache zu sein, in der christlichsozialen Bewegung unter Stöcker mit und hielt sogar auf zwei Parteitagungen jener Zeit Vorträge, die nach seinem eigenen Bekenntnis „Stöckers Zustimmung fanden“. Immer ängstlich bemüht, so nur nicht den Anschluß an die Konjunkturer zu verlieren, und Heydebrand, den unnerfährlichen Gegner der Christlichsozialen, zu erzürnen, stellte er — 1913 von Franz Behrens geheben, den christlichsozialen Parteivorstand zu übernehmen — die Bedingung, im engsten Einvernehmen mit den Konjunkturer und mit dem Ziele der Wiedervereinigung mit den Agrarkonjunkturern vorgehen zu dürfen. Philipps legte daher auch 1916 den christlichsozialen Parteivorstand nieder, weil er bereits in den beiden ersten Kriegsjahren eine Verletzung der Deutschkonjunktur Grundzüge durch die Christlichsozialen glaubte feststellen zu müssen.

Philipps ist Mitgründer der Deutschnationalen Volkspartei und gehört zu den wenigen Unterzeichnern ihres ersten Aufrufs vom 20. November 1918. In diesem Zusammenhang ist besonders bemerkenswert, daß er, der Erzmonarchist, wie alle anderen Unterzeichner, die Monarchie zunächst anglophobisch verriet. Denn jener erste Aufruf der Deutschnationalen enthält aus feigster Angst vor der Revolution den Satz: „Wir sind bereit und entschlossen, auf dem Boden jeder Staatsform mitzuarbeiten, in der Recht und Ordnung herrschen; und in den dem Aufruf beigegebenen „Nichtlinien“ wird sogar von „der nach den letzten Ereignissen allein möglichen parlamentarischen Regierungsform“ gesprochen.

Um so „tapferer“ trat Philipps später wieder für die Monarchie ein; und heute ist der fast 71jährige Pastor in tieferster

Rück Erinnerung an Heydebrandische Grundzüge fanatischer Parteigänger Hugenberg und Gegner der deutschnationalen Sezession 1920, wie in keinen „Erinnerungen an Stöcker“ nachzulesen ist. Daß dieser freithore Gottesmann nicht nur Kriegshege, Militärarzt und Monarchist, sondern auch Volksherr ist, der am liebsten Wilhelm von Doorn zurückholen möchte, versteht sich von selbst.

Die Opfer der Wirtschaftskrise.

1833000 Unterstützte, 900000 mehr als 1929.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung betrug, wie amtlich mitgeteilt wird, am 1. Juli 1 469 000, also um 36 000 weniger als vor 14 Tagen, und in der Krisenunterstützung 364 000, d. h. um 12 000 mehr als 14 Tage zuvor. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug am 1. Juli 1 833 000; das sind 900 000 mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Ueberlagerung ist also dieselbe geblieben. An verfügbaren Arbeitsuchenden waren nach dem Bericht bis Beginn des Juli 2 640 000 vorhanden an effektiv Arbeituchenden (also ohne Kostlandsarbeiter und der noch in Stellung, aber in Kündigung befindlichen Arbeitskräfte) 2 636 000.

Die Lage in den einzelnen Bezirken ist unterschiedlich. Die Stilllegungsanzeigen (hauptsächlich solche vorfolgerichter Art) treten wieder stärker auf, ebenso nimmt die Kurzarbeit wieder zu.

Arbeitslosigkeit in England.

75 000 mehr in einer Woche.

London, 8. Juli. (Eigenbericht.)

Die Zahl der englischen Arbeitslosen hat sich in der vergangenen Woche um 75 258 Personen vermehrt. Sie ist damit auf 1 890 600 gestiegen; das sind 748 218 Arbeitslose mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Neues Gesetz zum Kampf gegen Arbeitslosigkeit.

London, 8. Juli. (Eigenbericht.)

Das am Dienstag dem Unterhaus von der Regierung vorgelegte neue Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verlangt neben der Erhöhung der Arbeitsbeschaffungs-gelder die Abschaffung des zeitraubenden parlamentarischen Umweges für Verwaltungsakte der Regierung. Der Reformminister und ein parlamentarischer Komitee sollen ermächtigt werden, ohne Befragen des Parlamentes die notwendigen Maßnahmen zur Beschaffung von Staatsarbeitern, sowie zum Erwerb von Siedlungsland zu treffen. Andere Paragraphen des Gesetzes wollen den lokalen Behörden größere Freiheit zur Ausführung von öffentlichen Arbeiten geben. Dadurch wird das größte Hemmnis aus dem Wege geräumt, das bisher der Ausnutzung der im Budget vorgesehene Arbeitsbeschaffungs-gelder entgegenstand.

Die Vorlage ist mit den Liberalen ausgearbeitet worden. Ihre Annahme im Parlament ist deshalb gesichert.

Das Unglück des Dornier-Wal.

Noch keine Gewissheit über die Insassen.

Im Laufe des gestrigen Tages konnte zwischen Negö auf Bornholm und Berlin über Kopenhagen ein längeres Telefongespräch des Piloten Kurling, des Führers des gezeigten Dornier-Wal D 864, und der Direktion der Luftlinie hergestellt werden.

Der dabei gegebene ausführliche Bericht des Flugkapitäns besagte zunächst, daß der Kurbelwellenbruch in dem hinteren der in Form eines Tandems über dem Tragdeck angeordneten Motoren des Flugbootes eingetreten sei. Im nächsten Augenblick sei der Propeller zersplittert, seine umherfliegenden Stücke hätten das hintere Tragdeck beschädigt und unglücklicherweise auch die Vorrichtung auf dem Dach zur Aufbringung einer Rotantenne bei Notlandung auf dem Wasser. Trotzdem sei die Maschine ganz glatt auf das Wasser niedergegangen, und zwar war zu dieser Zeit das Meer noch ziemlich ruhig. Borschriftsmäßig forderte die Besatzung alle Insassen auf, die in der Kabine befindlichen Schwimmwesten anzulegen, wobei ihnen noch der Bordwart Friedrich behilflich war. Besatzung und Passagiere verteilten sich dann, so gut es ging, auf dem Deck des Flugbootes, um die Rettung durch ein vorüberkommendes Schiff abzuwarten. Die Aussicht hierfür war, da man sich verhältnismäßig nahe Bornholms befand, ziemlich günstig, und etwa um 5 Uhr nachmittags, also nach zweistündigem Treiben auf dem Meer, kam der dänische Motorschoner „Maja“ heran und nahm die Maschine ins Schlepp. Inzwischen war allerdings der Seegang bedeutend härter geworden, so daß ein Anbordbringen der Insassen des Flugbootes nicht möglich war, weil dazu die Maschine unmittelbar an den Schoner hätte herangebracht werden müssen und dabei mit der

Gefahr eines Zusammenpralls und eines Sinkens des Flugbootes

oder einer Beschädigung des Hilfschiffes gerechnet werden mußte. Man begnügte sich deshalb mit hinübergeworfenen Beinen das Schleppnetz zu befestigen, und etwa 1 1/2 Stunden hindurch wurde so die D 864 von der „Maja“ geschleppt, bis dann anscheinend bei einem unglücklichen Moment in dem starken Seegang die Maschine sich seitlich vornüber legte und schließlich kenterte, so daß alle Personen, die an Deck waren, ins Wasser fielen. Nach dem Bericht des Flugzeugführers befand sich in diesem Augenblick auch ein kleiner holländischer Dampfer in unmittelbarer Nähe, der das auf dem Meer schwimmende Flugboot beobachtet hatte und ebenfalls helfen wollte. Es soll sich um den Dampfer „Spes“ handeln, ein kleineres Schiff, das wahrscheinlich keine Funk-einrichtung besitzt. Sowohl von der „Maja“, wie von diesem holländischen Dampfer aus soll nun alles getan sein, um die ins Wasser gefallen Passagiere und die Flugzeugbesatzung, die alle Rettungsgürtel trugen, aufzunehmen, und Flugkapitän Kurling hat noch beobachten können, wie zwei Personen an Bord der „Spes“ gezogen wurden und wie die übrigen drei dicht neben dem Dampfer waren, so daß nach Ansicht des Flugzeugführers auch sie gerettet wurden. Er selbst, sowie der Bordmonteur Friedrich und der Schwede Erikson wurden, wie bereits bekannt, von dem dänischen Schoner nach Negö gebracht, während der holländische Dampfer seine Reise fortsetzte, so daß die nach Bornholm gebrachten Insassen des Flugbootes nicht wissen, wieviel Gerettete sich an Bord der „Spes“ befinden. Der außerordentlich starke Seegang machte im übrigen die Beobachtungen sehr schwierig.

Man kann immerhin aus der Tatsache, daß der Führer der „Maja“ schließlich den Unfallort verließ, die Hoffnung schöpfen,

daß er sich von dem durch den Holländer vollendeten Rettungs-wert inzwischen überzeugt hatte.

Nachdem Register zufolge gibt es vier holländische Dampfer mit Namen „Spes“, die anscheinend alle einer Reederei gehören und durchweg kleine Küstenfahrzeuge sind. Welchen Kurs der Holländer nach Verlassen des gekenterten Flugbootes genommen hat, ob seine Reiseante in den östlichen Teil der Ostsee oder west-sich eventuell auf den Kieler Kanal zu führt, ist noch unbekannt. Inumerhin kann es noch 24 Stunden dauern, bis der kleine Dampfer einen Hafen anlauft und Nachricht geben kann, wieviel Gerettete des Dornier-Wal er an Bord hat und welches ihre Namen sind.

Deutschland, Dänemark, Schweden suchen!

Die Deutsche Luftwaffe hat den ganzen Tag mit allen Mitteln nach dem Verbleib der fünf vermißten Flugbootinsassen geforscht, ohne bis jetzt ein Resultat erzielt zu haben. Eine deutsche Torpedoboots-Halbflottille hat sich trotz furchtbaren Sturmes auf die Suche begeben. Torpedoboot 151 gab funktentelegraphisch Meldung, daß es die Küste an der Unglücksstelle abgefahren, aber bisher keine Spur gefunden habe. Weiter ist ein Flugboot von Kalmars in Schweden aufgestiegen, um aus der Vogelperspektive Spuren zu finden. Ein Torpedoboot ist mit dem Bezirksleiter der Deutschen Luftwaffe, Schiller, an Bord nach Bornholm abgedampft. Auch die schwedische und dänische Marine haben Fahrzeuge auf die Küste geschickt, um sich an den Rettungsarbeiten zu beteiligen.

„Von Faschisten ermordet.“

Ausfahrungen bei einer Begräbnisdemonstration.

Eine grobe Ausfäureung bei einer kommunistischen Beerdigungsdemonstration beschäftigte das Schöffengericht Berlin-Mitte.

Im März fand die Beerdigung von zwei Kommunisten statt, die bei einem Zusammenstoß mit Nationalsozialisten ums Leben gekommen waren. Am Rüstiner Platz hatten sich 800 bis 1000 Menschen angefannt. In dem Zuge wurde ein Plakat mitgeführt mit der Aufschrift „Von den Faschisten ermordet“. Die Polizei fand den Inhalt dieser Aufschrift aufreizend und verlangte die Entfernung. Da dieser Aufforderung nicht Folge geleistet wurde, wollten die Beamten einschreiten. Ehe es aber dazu kam, hatte die Menge das Plakat zerrissen, so daß die Polizei keinen Anlaß hatte, einzuschreiten. Als schon alles ruhig war, traten die Kommunisten Barischies und Kachuyke, die sich nun vor Gericht zu verantworten hatten, in Aktion. Kachuyke sahle ostentativ in seine Hosentasche, als ob er eine Waffe herausziehen wollte, und gleichzeitig nahm er eine Angriffshaltung gegen die Beamten ein. Er sollte deshalb durchsucht werden, leistete aber Widerstand. In demselben Augenblick fürzte sich von hinten Barischies auf einen Beamten, entriß ihm den Hirschfänger und führte gegen ihn einen Stich, der zum Glück fehl ging, da andere Beamte eingriffen. Nun wandte sich Barischies gegen einen anderen Beamten, auf den er mit dem Seitengewehr einschlug und stach. Ein Stich nach dem Hals eines Oberwachtmeisters wurde durch die Sturmriemen gemildert, so daß der Beamte nur eine verhältnismäßig geringe Ver-

letzung erlitt. Das Schöffengericht verurteilte Kachuyke wegen Widerstandes nur zu zwei Wochen Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft verbüßt sind. Barischies hingegen erhielt wegen Widerstandes und gefährlicher Körperverletzung 10 Monate Gefängnis.

Kleinbahn überfährt Kraftwagen.

Schweres Verkehrsunglück bei Groß-Arenuh.

Groß-Arenuh, 8. Juli.

Ein mit 16 Personen besetzter Kraftwagen wurde heute abend von einem aus Lehnin kommenden Zuge der Lehniner Kleinbahn kurz vor Groß-Arenuh auf einem ungeicherten Bahnübergang überfahren. Der Wagen wurde etwa 15 Meter mitgeschleppt. Eine Person wurde tödlich verletzt, während drei andere anscheinend schwere und mehrere Insassen leichte Verletzungen erlitten.

Zuchthaus im Neußdörfer-Prozess.

Der Beschuldigte Chemann gerechtfertigt.

Wahrenth, 8. Juli.

Nach einstündiger Beratung fällt das Gericht im Prozess Schubert, Popp folgendes Urteil: Friedrich Schubert und Heinrich Popp sind schuldig je eines in Mittäterchaft ausgeführten Versuches eines Verbrechens des besonders schweren Raubes. Schubert wird zu 6 Jahren Zuchthaus, Popp zu 4 Jahren 6 Monaten Zuchthaus verurteilt. Beide haben die Kosten zu tragen. Wegen der Niedrigkeit der Gefängnisstrafe, der das Verbrechen entsprang, wird auf 5 Jahre Ehrverlust erkannt und wegen der Gemeingefährlichkeit auf Zulässigkeit der Polizeiaufsicht.

Im Verlauf der Verhandlung ermittelte Professor Borst-Rüchgen sein Gutachten, indem er erklärte, daß ein unmittelbares Ermürgen der Frau Neußdörfer nicht anzunehmen sei. Es erscheine vielmehr wahrscheinlich, daß der Tod infolge allmählichen Verfalls des Herzens eingetreten ist. Unvergleichlich Professor Kirch-Erlangen hielt an seiner Ansicht fest, daß der Tod infolge Versagens der linken Herzammer eingetreten sei. Ein Ersticken sei durch nichts nachzuweisen, wemgleich er nicht unmöglich sei. Landgerichtsrat Dürig-Wahrenth kam in seinem Gutachten zu der Schlussfolgerung, daß der Tod in unmittelbarem Zusammenhang mit den an ihr verübten Gewalttaten zu bringen sei.

Der Staatsanwalt erklärte in seinem Plädoyer, daß niemand anders als Popp und Schubert die Täter wären und daß ihre Angaben der Wahrheit entsprächen. Heute sei Kammergericht Neußdörfer einwandfrei von dem schweren Verdacht restlos gereinigt. Er stellte am Schluß der Vormittagsoverhandlung folgende Strafanträge: Gegen Schubert zehn Jahre Zuchthaus und gegen Popp acht Jahre Zuchthaus, gegen beide Angeklagte außerdem je fünf Jahre Ehrverlust und Zulässigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht.

Bauprogramm der Bewag für 1930.

Die Finanz- und Steuerdeputation der Stadt Berlin beschäftigte sich am Dienstag mit dem Bauprogramm 1930 und dem Nachtrag des Bauprogramms 1929 der Bewag.

Die Deputation stimmte dem Anleihebedarf von 67,5 Millionen zu. In diesem Anleihebedarf ist enthalten die dritte Rate für die Fertigstellung des Kraftwerkes West in Höhe von 27,4 Millionen. Für die Neuananschaffung von 140 000 Elektrizitätszählern und Meßinstrumenten werden

SINCLAIR LEWIS DER ERWERB ROMAN

In all dem lag etwas Rührendes; in diesen unendlich kleinen Männlein und Weiblein, die es wagten, „kurze, pridelnde Artikel“ zu kaufen und zu verkaufen, in dieser düsteren und schrecklich schönen Welt eines Balzac, eines Wells, eines Turgenjew. Und etwas Rührendes stieg aus dem vergeudeten Jahr, in dem Walter Babson aus dem kleinen Kaufherfüllten Rest in der Prairie dadurch zu den Ehren und Würden eines großen Kapitalisten emporzukommen versuchte, daß er die Kunst erlernte, ein tüchtiger Fabrikant „guter lebendiger Gedichte, die von Land und Bauern handeln“, zu werden. Seine klumpfüßigen Verse wurden ihm stets mit vorgegedruckten Abschlagsformularen zurückgeschickt.

Als Walter endlich mit knapper Not im Jonathan Edwards College, Iowa, aufgenommen wurde, war er bereits entmutigt; er hatte schon die Gewohnheit angenommen, Götter, Kapitalisten, Redakteure, seinen Vater und den Eigentümer des Provinzialblattes, für das er arbeitete, für alles verantwortlich zu machen, das schief ging. Er verfocht gesellschaftsfeindliche Theorien, die ein echter revolutionärer ebensovornormen hätte, wie sie seinen handfesten, ernststen bäuerlichen Studiengenossen gotteslästerlich erschienen. Denn Walter protestierte nicht gegen soziale Ungerechtigkeiten. Die Sklaverei der Gummisammler in Putumayo und die der blutschwitzenden Lodenangelegten in New York existierten nicht für ihn. Er protestierte einfach, weil er mit zwanzig Jahren seinen Namen nach nicht in schmeichelhaft großen Lettern auf den Umschlägen der Magazine prangen sah.

Dennoch war er ein recht unterhaltbarer Kamerad; er half hüffelnden Kollegen beim Nachschlagen und war einer, der stets eifrig mit dabei allen ehrenwerten Bestrebungen, einen höflichen Wirbel zu machen — wie sie das treffend bezeichneten. Gegen Ende seines ersten Studienjahres hatte er alle Vorlesungen, ein Dichter zu werden, oder aus den Vorlesungen, die so schwer und unverständlich waren wie getrockneter Stodfisch, seine geistige Nahrung zu schöpfen. Er betrank sich, er vergeudete seine Kräfte in ärmlichen Zu-

sammenkünften mit umherziehenden Freudenmädchen, die ebenso provinziell und häßlich waren, ebenso ratlos und unglücklich wie die milden Burschen vom Lande, die nur bei ihnen ihre Jugendtollheit ausschäumen lassen konnten. Walter wurde kurzweg relegiert, und zwar von dem einzigen Ranne an der Hochschule, den er wirklich hochschätzte — dem ehrwürdigen Präsidenten —, der von einer Harvard-Universität in der Prairie träumte.

So war Walter Babson mit einundzwanzig ein Ausgestoßener. Er verkündete — obwohl ihm niemand glaubte —, daß alle edlen Seelen, denen er je begegnet, Schwächlinge, und alle männlich starken lasterhaft und verdächtig seien.

Er ließ sich treiben. Er zweifelte an sich selbst und redete daher nur desto lauter von seinem eigenen Talent und der Ungerechtigkeit der Welt. Er sah ordentlich, tatkräftig und ehrgeizig aus, aber er hatte nichts, worauf er sich konzentrieren konnte. Er wurde ein geschäftiger, aber schlampiger Zeitungsreporter in Wichita, Des Moines, Kansas City, St. Louis, Seattle, Los Angeles, San Francisco. Zwischendurch war er Realitäten- und Versicherungsagent, denn er war auf sein Journalistentum nicht stolz. Er wollte nichts, als sich auf interessante Weise durchschlagen, Geld verdienen und es wieder ausgeben; er wollte seine Persönlichkeit zum Ausdruck bringen, ohne auch nur zu versuchen, über sich ins Klare zu kommen.

Es muß jedoch betont werden, daß Walter trotz all seiner Fehler innerlich sauber und gutherzig war. Er gab sich allen Dingen leidenschaftlich hin, dem Guten wie dem Bösen. Er war auch nicht durch tiefe Hoffnungslosigkeit verdorben; wenn auch aus dem Kreise der Seinen verstoßen, war er doch nie ein Bario.

In allen Journalistenkreisen des Westens hörte Walter Geschichten über Kalifornier, die nach dem Osten gegangen und Genies geworden waren im Augenblick, da sie den Hudson überschritten. Auch Walter ging nach dem Osten und überschritt den Hudson, aber er wurde kein Genie. Hatte es eine Dachkammer gegeben, um darin zu hungern, so hätte er darin gehungert; doch da es in New York etwas so Malerisches nicht gibt, hungerte er statt dessen in einem möblierten Zimmer, verfertigte für eine Sonntagszeitung „eigens für unser Blatt geschriebene Kurzgeschichten und sammelte Wiße für „humoristische Eden“. Er war dann froh, Chefredakteur einer Zeitung für Markenammer zu werden (obwohl diese keine anderen Redakteure hatte, deren Chef er hätte sein können). Er verfaßte einige Reklametexte

für einen Händler mit Automobilzubehör, las ein halbes Duzend Bücher über Motoren und meldete sich dann für die Stelle, die er nunmehr bei der „Auto- und Benzin-Woche“ innehatte.

Er war nun von der erlebten Atmosphäre der Bohème (er glaubte wirklich an dergleichen) gerade so weit entfernt wie in Kansas, nur daß er jetzt einen Mann kannte, der durch das Schreiben von Erzählungen über Holzfäller, Goldgräber, Cowboys und erstauulich lähne junge Damen fünftausend Dollar im Jahr verdiente. Als Walter Babson Una Golden begegnete, war er siebenundzwanzig Jahre alt. Er las immer noch Omar Chadischam. Er spielte mit der Absicht, sich einmal mit dem Realitätenhandel zu befassen. Denn dort, meinte er, wäre mit der Abfassung geschickter Reklame viel Geld zu verdienen.

Daneben fuhr er fort, sich in Stenotypistinnen und Kellnerinnen, sowie in Schauspielerinnen, die er nie kennenlernte, zu verlieben. Er war nie zufrieden. Er wußte absolut nicht, was er wollte; aber er wollte etwas, das stärker war als er.

Er fühlte sich zum Bergweiser einsam — ein lächerlicher Mensch, der es gewagt hatte, sich über den Düngerhaufen des väterlichen Bauernhofes hinauszusehen, und darum wert war, verpöttelet zu werden. Und in seiner trogischen Einsamkeit wartete er auf den Tag, da er eine Liebe und eine Arbeit finden würde, die seiner genügend bedürften, um zu ihm zu kommen und von ihm zu verlangen, daß er sich opfere.

4.

Es war Unas erster Großstadtrübling.

Mit Ausnahme der Gartenanlagen, wo mittags die Bärchen unter den knospenden Bäumen grünerhellte Blüthen fanden, hatte sich nichts verändert; es leumte und blühte nicht im Alpbalt und Zement, in Ziegeln und Stahl. Und doch war alles anders. Zwischen den Fensterlinsen, zwanzig Stockwerke hoch über dem Pflaster, konnte man ein Stückchen zartblauen Himmels sehen, und das Licht selbst hatte einen besondern Glanz, ob es nun über dem Regen des Parkes lag oder durch einen Luftschacht hinabtauchte, um auf einer stumpfen, gelben Ziegelmauer zu landen. Der leichte Wind, der schmeichelnd vom Fluße her durch die Straßen wehte, in denen noch kürzlich ein staubiger Wind gehaust hatte, brachte Fröhlichkeit und Freude mit sich. Vierkastenmänner spielten für zerklumpte tanzende Kinder auf, und die alten Ziegelbauten rochen warm. Karren mit Erdrüssen krochen heran und zogen mit langem, schrillen Gewimmer — Heuschrecken des Frühlings — durch die Straßen. (Fortf. folgt.)

3 412 000 M. benötigt. Die Bauprogramme sind unter dem Gesichtspunkt zusammengestellt, den Investitionsbedarf der Bemag auf das allernotwendigste zu beschränken. Das Nachtragsbauprogramm enthält diejenigen Bauvorhaben, deren Durchführung sich im Jahre 1929 als unbedingt notwendig herausgestellt hat.

Geschlagene Frau rächt sich.

Aufklärung der Mordaffäre von Nachterstädt.

Halle, 8. Juli. (Eigenbericht.)

Die Gattin des Heilgehilfen Otto Koch hat gegen ihren Gatten Anzeige erstattet, am 19. Februar dieses Jahres den Bergwerksdirektor Dr. Kramer in Nachterstädt in der Gegend von Magdeburg erschossen zu haben.

Die ursprüngliche Annahme, daß Kramer, der sich im Stahlhelm eifrig betätigte, das Opfer eines politischen Verbrechens geworden sei, hat sich bald als haltlos erwiesen. Allem Anschein nach mußte es sich vielmehr um einen persönlichen Racheakt handeln. Die in dieser Richtung geführten polizeilichen Ermittlungen hatten jedoch kein Ergebnis. Der Leichnam seiner Frau Beschuldigte ist bis zum vorigen Sommer als Bademeister und Heilgehilfe bei der Jede Concordia beschäftigt gewesen und dann wegen Unregelmäßigkeiten entlassen worden. Nach Angabe der Frau Koch soll ihr Mann den Bergwerksdirektor aus dem Hinterhalt erschossen und die Waffe in den Mordgraben in Hagen geworfen haben. Frau Koch war von ihrem Mann seinerzeit über alle Einzelheiten der Tat unterrichtet worden. Da sie von ihrem Mann in den letzten Tagen mehrfach schwer mißhandelt worden war, sah sie den Entschluß, ihren Mann zu verraten, ging zur Polizei und erstattete Anzeige. Vermutlich dürfte sie durch die Anzeige auch in den Besitz der hohen Belohnung gelangt sein, die seinerzeit von der Staatsanwaltschaft und von der Grube Concordia auf die Ermittlung des Mörders ausgesetzt worden war. Koch stellt die Tat entschieden in Abrede. Einstweilen ist er ins Gefängnis nach Halberstadt gebracht worden. Die Polizei will den Mordgraben ablassen, um gegebenenfalls auf diese Weise die Waffe zu finden.

Stinnes und Waldow.

Die Vernehmung der Angeklagten ist beendet.

Nach zweitägiger Verhandlung ist das Gericht mit der Vernehmung der Angeklagten im Stinnes-Prozess fertig. Sie hat im großen und ganzen nichts Neues ergeben.

Wie zu erwarten war, sind aber die Akteure dieser kriminellen Kriegsangelegenheiten diesmal besser vorbereitet in die Gerichtsvorstellung gegangen. Insbesondere Herr von Waldow und Herr Stinnes wählten, worauf es ankam. Sie kannten ja im voraus die peinlichen Fragen, die ihnen gestellt werden würden, kannten die schwachen Punkte ihrer Verteidigung; so fielen sie in ihrer verantwortlichen Vernehmung bereits ihre Einwendungen hinein und versuchten von vornherein eventuellen Angriffen der Staatsanwaltschaft die Spitze abzubrechen. Ihr Auftreten war im Vergleich zur ersten Verhandlung viel sicherer, selten zitterte ihre Stimme vor Erregung. Und doch: Wie jodenscheinig ihre Verteidigung!

Natürlich hatte Herr von Waldow im besten Glauben gehandelt, als er seinem Chef, Herrn Stinnes, das Geschäft mit der Alt-Kriegsalianleihe anbot. Natürlich merkte er bis zum letzten Augenblick nicht, was gespielt wurde. Nicht er wollte betrogen, sondern er selbst war der Betrogene. Als er es merkte, war es zu spät! „Und Ihr Geständnis beim Untersuchungsrichter?“ fragt der Vorsitzende. Waldow windet sich. Er wolle nicht sagen, daß es ihm erpreßt worden sei. Dennoch sagt er ungefähr das gleiche wie damals: Man habe ihm das Geständnis so gut wie abgezwungen, indem man ihm zu verstehen gegeben habe, daß er durch die Befestigung seines Chefs Stinnes seine Freiheit erlangen könnte.

In noch höherem Maße hat natürlich Stinnes selbst nach Treu und Glauben gehandelt. Wie sollte er, der damals mit der Etablierung der amerikanischen Millionen-Dollar-Anleihe voll und ganz in Anspruch genommen war, sich mit den Einzelheiten des Kriegsangelegenheits-Geschäfts befassen? Und ist es überhaupt denkbar, daß er sich in das Geschäft überhaupt eingelassen hätte, wenn er nur die leiseste Ahnung von der Unlauterkeit gehabt hätte? Er hätte ja einfach sich und seine Firma Erpressungen ausgeliefert. „Aber Ihr Geständnis?“ fragt der Vorsitzende. Da, nachdem mir Regierungsrat Heinzmann unmittelbar vor meiner Vernehmung beim Untersuchungsrichter gedroht hatte, man würde in der Firma das Oberste zum Unterten führen und mir zugeredet hatte, zuzugeben, da war ich nach der Gegenüberstellung mit Waldow geständig, daß ich vielleicht bereits im Dezember 1926 gewußt habe, es handle sich um Fälschungen. Erst hinterher ist mir das Bewußtsein gekommen, falsch gehandelt zu haben, und da habe ich widerrufen.“ Das alles wird ausführlich begründet und nicht störend mit tiefer Erregung, wie das erstmal vorgebracht, sondern gewissermaßen aggressiv in zusammenhängender Rede. An Ueberzeugungskraft gewinnt dadurch die Aussage nicht.

Die Zeugenernehmung dürfte ähnlich wie in der ersten Verhandlung mehr als einen dramatischen Auftritt bringen. Gestern erzählte Kriminalkommissar Rallon seine Erlebnisse mit Waldow. Seine Aussage war für diesen geschädigten Angeklagten etwas ungünstig wie in der ersten Verhandlung.

Erntefest in Blankenburg.

Das ist schon ein ganz stattliches Dorf mit seinen 1000 Einwohnern, das städtische Laubengelände Blankenburg, das zum Erntefest ruft. Und es war alles so schön und echt gemacht, ganz wie bei den Großen. Schnitter und Schnitterinnen in ihrer kleidsamen Tracht, mit blumengeschmückter Schürze, marschieren im Zuge, die Erntefrauen im weißen Kleid, den Blütenkranz im Haar, hoch den Erntekranz schwingend, junges Volk im maingeschmückten Bauernwagen und dann all die Festgäste. Unter Musik machen sie einen Umzug durch die ganze Kolonie, dann verleiht sich das bunte Bild auf die vier Festplätze, die blumen- und gartengeschmückt der frühlichen Besucher harren. Kühne Lusthauerler schwingen hoch in Lüften, hoch zu Fuß am Pferdekarren schon Dreißigstunde im Sonntagstaat mit begeistert gewinkelten Keugeln. Wer über 12 trudele, bekam einen Räucher-Kal und Wintern schmähend versenkten die glücklichen Gewinner ihren Fisch in der Tüte. Während die Wäiter das Buffet und die Sprößlinge die Amüsierstellen belagerten, lockte Mutter Kaffee in Mengen und stellte den Selbstgebadenen auf den gedeckten Gartentisch. Es gab freilich für jedermann, wer kam, mußte Kaffee trinken und Kuchen essen, ob eingeladen oder nicht. Inmitten der fröhlich-bühnen Natur, der beladenen Beerensträucher und Kirschhäume, der bunten Pracht von Rose und Veilchen, Marguerite und Gladiolen saßen frohe Menschen und dankten für den Erntefest.

Friede zwischen BVG. und Publikum.

Die neuen Umsteigebestimmungen.

Nachfolgend geben wir die neuen Umsteigebestimmungen, die am Mittwoch, dem 9. Juli, mit Betriebsbeginn in Kraft treten, bekannt:

Einmaliges Umsteigen auf eine andere Straßenbahn, einen Omnibus oder die U-Bahn bzw. umgekehrt im Bereiche des Umsteigearbeits ist gestattet. Die zweite Fahrt muß zeitlich und räumlich eine unmittelbare Anschlussfahrt an die erste sein. Das Umsteigen ist nur zulässig

- bei Linien, die sich kreuzen, am Schnittpunkt,
- bei Linien, die sich berühren, am Berührungspunkt,
- bei Linien, die streckenweise den gleichen Straßenzug befahren, an allen gemeinsamen Haltestellen.

Bei Linien, die sich zwar nicht berühren, aber in nächster Nähe von einander kommen (oder in nächster Nähe parallel fahren) ist die Zwischenhaltung eines kurzen Fußweges gestattet z. B. Dönhofsplatz—Spittelmarkt, Rathaus—Rosenmarkt, Bahnhof Zoo—Kantstraße, Ballenplatz—Frankfurter Allee, Ede Warshauer Straße bzw. Thaeerstraße, Unter den Linden, Ede Friedländerstraße—Dorotheenstrasse. Die Zwischenhaltung von längeren Fußwegen ist nicht gestattet. Fahrtunterbrechungen zur Erledigung von Besorgungen und Zwischenfahrten mit anderen Verkehrsmitteln sind nicht gestattet. Eine Stunde nach der bei Fahrtantritt gekennzeichneten Zeit verliert der Fahrschein seine Gültigkeit zum Umsteigen. Beim Übergang von und zur Reichsbahn behält der Fahrschein 1½ Stunden lang Gültigkeit zum Umsteigen. Umsteigen auf einen anderen Wagen der schon zur ersten Fahrt benutzten Linie ist unzulässig. Umsteigen zwischen E-Linien gleicher Nummer und Stamm-Linien ist gestattet.

Gleichzeitig folgen die jetzt gültigen Tariffätze für die einzelnen Verkehrsmittel:

Straßenbahn: Fahrschein für Erwachsene mit Um- und Uebersteigerberechtigung zu Straßenbahn und U-Bahn 25 Pf., mit Uebersteigerberechtigung zum Omnibus 30 Pf. Schülerfahrschein mit allgemeiner Umsteigerberechtigung 15 Pf. Uebersteigerfahrschein zur Reichsbahn (Stadt- und Ringbahn) und Nahzone der Vorortstrecken) 40 Pf. Sammelkarten für 12 Fahrten ohne Umsteigerberechtigung (Benutzung nach Wahl auch auf der U-Bahn) 2,60 Mark.

U-Bahn: Fahrschein für Erwachsene mit Umsteigerberechtigung zur Straßenbahn 25 Pf., mit Umsteigerberechtigung zum

Omnibus 30 Pf. Schülerfahrschein mit allgemeiner Umsteigerberechtigung 15 Pf. Uebersteigerfahrschein zur Reichsbahn 40 Pf. Sammelkarten für 12 Fahrten ohne Umsteigerberechtigung (Benutzung nach Wahl auch auf der Straßenbahn) 2,60 Mark.

Omnibus: Fahrschein für Erwachsene ohne Umsteigerberechtigung 25 Pf., mit Umsteigerberechtigung auf einen anderen Omnibus oder auf Straßenbahn oder U-Bahn 30 Pf. Schülerfahrschein mit allgemeiner Umsteigerberechtigung 15 Pf. Uebersteigerfahrschein zur Reichsbahn 40 Pf.

Omnibus-Nachtarif: Fahrschein für Erwachsene mit allgemeiner Umsteigerberechtigung 50 Pf. Schülerfahrschein mit allgemeiner Umsteigerberechtigung 30 Pf. Uebersteigerfahrschein zur Reichsbahn 65 Pf.

Sammelkarten werden durch die Schaffner der Straßenbahn und an den Schaltern der U-Bahn ausgegeben. Sie sind übertragbar und gelten auch für mehrere als zusammengehörig erkennbare Personen, sowie für Personen mit Hunden und gebührenpflichtigen Gepäck. Es wird dann vom Schaffner die entsprechende Anzahl von Fahrten entwertet. Die Gültigkeit der Karten erlischt drei Tage nach Ablauf des Kalendermonats, in dem sie gelöst wurden. Die Karten des neuen Monats werden schon an den drei letzten Kalendertagen des alten Monats ausgegeben und gelten bereits vom Tage der Ausgabe an.

Einmütig hatte sich die Berliner Presse, die mit Beschwerde- und Entrüstungsschreien überschwenkt wurde, gegen die Unzulänglichkeiten des neuen Umsteigeverkehrs gewandt. Man soll nun aber auch gerecht sein und anerkennen, daß die BVG. sich um schnelle Abstellung der Mißstände sofort nach ihrem Bekanntwerden bemüht hat. Wenn sich also ein Berliner Frühabendblatt bemüht fühlte, die BVG. zu tadeln, weil sie angeblich nicht schnell genug gearbeitet hat, so ist das ein Leichtes. Die Presse hat Beschwerde erhoben und die BVG. hat darauf reagiert und bemüht sich ernstlich und hoffentlich mit Erfolg um Abstellung. Die BVG. hat damit bewiesen, daß sie den Beschwerden des Publikums Beachtung schenkt und Wert beimeißt. Was will man zunächst mehr? Die Berliner haben, zum Teil schon seit Jahren, oft sehr begründete Beschwerden aller Art gegen die Post, die Reichsbahn, die Steuer, die Bauverwaltung, die Justiz. Hat man jemals gehört, daß diese und andere Behörden auf Publikumswünsche und -beschwerden so schnell und willig reagieren wie die BVG.?

Das Lübecker Kindersterben.

Gegen die Erklärungen des Reichsgesundheitsamtes.

Die Erklärungen des Reichsgesundheitsamtes über die Schuld an dem Lübecker Kindersterben haben in den Kreisen der Lübecker Eltern nicht Beruhigung, sondern vielmehr neue Erregung ausgelöst.

Man glaubt in diesen Kreisen, daß die schuldigen Ärzte nicht mit der genügenden Objektivität zur Rechenschaft gezogen werden. Bekanntlich hat sich in Berlin bereits ein Ausschuss zur Aufklärung des Lübecker Kindersterbens gebildet, dem Dr. med. Steintal vorsteht. Vor diesem Gremium werden in den nächsten Tagen Vertreter der Lübecker Elternschaft, und zwar ein Diplomingenieur Richard Bangels und Rechtsanwalt Dr. Wittern, der Deffentlichkeit im Rahmen einer Pressebesprechung neues Material gegen die Lübecker Gesundheitsbehörden vorbringen, das bisher noch nicht der Deffentlichkeit bekannt geworden ist. Ferner soll zu den Mitteilungen über das Lübecker Kindersterben, die Prof. Haendel vom Reichsgesundheitsamt der Presse gemacht hat, Stellung genommen werden. Diese Kreise machen den Gesundheitsbehörden den Vorwurf, daß sie über das wirkliche Befinden der erkrankten Kinder zu optimistische Berichte verbreiten, und man will auch im Reichsinnenministerium vorstellig werden, um die restlose Verfolgung der Verantwortlichen zu erreichen.

Große Reichsbannerkundgebung in Teltow.

Am Sonntag marschierte das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zu einem Kreistreffen in Teltow auf. Am Ruhlsdorfer Platz formierte sich ein stätlicher Zug von etwa 1500 Reichsbannerkameraden. Die Sozialistische Arbeiterjugend mit ihrem Tambourkorps, der Radfahrerverein Steglitz und Solidarität schlossen sich dem Zuge an. In einständigem Ummarsch ging es durch die Stadt und die neuen Siedlungen, die, dank dem starken Einfluß der Sozialdemokratie in der Gemeindeverwaltung, in dem letzten Jahrzehnt errichtet worden sind. Man ist erfreut, Straßen nach Friedrich Ebert, Karl Legien, Walter Rathenau und Hugo Preuß benannt zu sehen. Auf dem Platz am Altersheim marschierten die Kolonnen auf. Nach Gesangsvorträgen und Rezitationen begrüßte Bürgermeister Oberreich mit einer sehr herzlichen Ansprache die Kameraden und betonte, daß die Stadt Teltow sich immer wieder freudig den Aufmarsch von Republikanern zu sehen. Landtagsabgeordneter Genosse Harnisch wies in seiner Ansprache darauf hin, wie ungeheuer wertvoll die Mitarbeit der arbeitenden Volksschichten in Kommune, Staat und Reich sei. Diese Mitarbeit ist aber nur im demokratischen Volksstaat gesichert, und sie würde bei einer Diktatur, möge sie von rechts oder von links kommen, beseitigt werden. Um diese Grundrechte zu erhalten und die Aufbaubarkeit zum sozialen Volksstaat zu fördern, ist es notwendig, daß überall das Reichsbanner aufmarschiert und daß den Nationalsozialisten mit ihrer volksoberberberischen Agitation entgegengetreten wird.

Niemand glaubte ihm.

... daß er Dietriche in Pfand nahm.

„Wie kamen Sie denn aber zu den Dietrichen?“ fragte der Vorsitzende den Angeklagten P. „Die habe ich doch bloß aus Gutmütigkeit für 8 Mark in Pfand genommen“, erwiderte dieser.

Herr P., der ehrlichste Mensch von der Welt, war in einem Hause festgenommen worden, in dem ein Einbruch verübt worden war. Er geriet in den Verdacht, an diesem Unternehmen beteiligt zu sein. Kaum 20 Tage zuvor war er aus dem Gefängnis entlassen worden, nachdem er zwei Jahre abgeessen hatte. Bei seiner Verhaftung hatte er 500 Mark bei sich; Er hat sich nach seiner Darstellung am Kurfürstendamm als Gesenkt erhalten, weil ein edler Menschenfreund Mitleid mit ihm hatte. Man mußte es ihm, fogen wir, glauben, weil sich etwas anderes nicht beweisen ließ. Am Himmelstagsfest will er nun die Wohnung dieses Wohlwärters gesucht haben, um sich einmal recht nett und artig zu bedanken. Er ist die Treppe hinauf- und hinabgestiegen, in dem Hause, das ihm sein Spender angeboten hatte. Die Wohnung fand er aber nach seiner Darstellung nicht, sondern nur auf der Treppe ein großes Paket, das er mitnahm, um es wahrscheinlich auf dem Fundbüro abzuliefern. Eine Wohnung in dem Hause war freilich, selbstverständlich ohne sein Zutun, erbrochen und man fand bei ihm außer den fünf Hundertmarktscheinen noch 77 Mark, die dem Inhaber der Wohnung fehlten. Darüber, ob sie auch auf der Treppe gelegen haben, vermochte er keine Auskunft zu geben. Zu seinem besonderen Unglück war der Besuch von einem Hausbewohner beobachtet worden, und dieser hatte die Polizei benachrichtigt, die Herrn P. festnahm, trotzdem er ihnen 100 Mark Schweigegelb anbot. Vor Gericht sagte er: „Das habe ich bloß getan, weil ich mir gleich dachte, daß in dem Haus ein Einbruch verübt ist, aber als unschuldiger Mensch wollte ich bei meinen vielen Vorstrafen mich vor allen Scherereien hüten und die Sache deshalb für erledigen.“

Das Gericht hat diesen Erzählungen nicht geglaubt, sondern Herrn P. wegen schweren Diebstahls im Rückfall zu 2 Jahren 1 Monat Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Lebendig verbrannt.

Am Dienstagmorgen ereignete sich im Hause Burggrafenstraße 14 ein schweres Brandunglück, das ein Menschenleben forderte. Die 63jährige Haushälterin Marie Hieselder war in der Küche mit dem Zubereiten des Essens beschäftigt. Als sie am Herd hantierte, kam sie der Flamme des Gastofens zu nahe, so daß ihre Kleider Feuer fingen. Unter lauten Hilferufen versuchte die Unglückliche, lichterloh brennend, ins Freie zu eilen; auf dem Flur brach sie jedoch ohnmächtig zusammen. Die Feuerwehr brachte Frau H. ins Wilmersdorfer Krankenhaus in der Nienbachstraße, wo sie kurze Zeit nach ihrer Aufnahme starb.

Seibe Ranzergähne. Nach langem Suchen endlich das Richtige für meine Zähne. Nach dreimaligem Gebrauch blendend weiße Zähne, trotzdem dieselben durch vieles Rauchen braun und ungesund waren. Ich werde nichts anderes mehr gebrauchen, als Chlorodont. B. Hof Berg. — Chlorodont: Zahnpaste 60 Pf. und 1 M., Zahnbürste, Mundwasser 1 M. bei höchster Qualität. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

Funkwinkel.

Berdis „Rigoletto“, auf Schallplatten als Kurzoper. Musikalisch wertvolle Partien, die unvergängliche Schönheit bestimmter Arien und Ensemblesätze, werden hervorgehoben. Orchester, Solisten und Chor bilden eine musikalische Einheit. Es wäre gut, wenn im Rahmen der Schallplattenkonzerte der Versuch gemacht werden würde, deutsche und italienische Sängler in denselben Partien gegenüberzustellen. Mindestens wäre es ein lehrreiches Experiment. — Abends werden Gerhard Hauptmanns Komödien „Der Biberpelz“ und „Der rote Hahn“, unter dem Titel „Mutter Wollen“ zusammengefaßt, als Sendespiel übertragen. Beide Komödien, abgesehen von ihren künstlerischen Qualitäten, sind völlig im Naturalismus verankert. Geste und Mimik bleiben ebenso wichtig wie das Wort. Wie sind nun diese Werke bearbeitet worden? Man hat Episoden herausgestrichen und versucht, die gesamten Vorgänge zu fangenzieren. Möglich, daß manche Hörer Gefallen daran finden, aber das Charakteristische fehlt. Schließlich ist der Autor auch eine Hauptperson, und es spricht gegen ihn, wenn er aus irgendwelchen Rücksichten alles Mögliche gestattet. Hat die Berliner Funkstunde tatsächlich keine Sendespiele vorliegen? Sind diese unfruchtbarer Spielereien notwendig? Der Berliner Rundfunk, der über sehr große finanzielle Mittel verfügt, könnte endlich daran denken, ernstlich auf dem Gebiete des Hörspiels zu arbeiten zu beginnen. Unter diesen merkwürdigen Umständen ist die Regie Alfred Brauns sehr gut. F. Sch.

Allgemeine Wetterlage.



Die kühlen maritimen Luftmassen beherrschen jetzt die Mitteleuropä. Zu nennenswerten Niederschlägen ist es nirgends mehr gekommen. Die Winde, die selbst im Binnenlande teilweise böig waren, waren an der Küste noch ziemlich frisch. Die Wetterlage ist gegenwärtig nur geringen Veränderungen unterworfen. Es dürfte daher vorläufig noch ziemlich unbeständig bleiben. Die Temperaturen werden voraussichtlich in den nächsten Tagen nur wenig ansteigen, da nicht mit dem Nachrücken des ozeanischen Luftstromes nach Mitteleuropa zu rechnen ist.

Wetterausichten für Berlin. Teils mäßig, teils heiter, ohne erhebliche Niederschläge. Temperaturen wenig verändert. — Für Deutschland. Im Norden noch etwas veränderlich bei wenig veränderten Temperaturen, im Süden zeitweise heiter und etwas wärmer.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsparungen für diese Rubrik sind bei den Geschäftsstellen des Vorwärts-Verlags, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu richten.

1. Kreis Mitte. Achtung! Die Abrechnung durch das Rinderheim, die für Sonntag, 13. Juli, ausbleiben war, kann infolge Reparaturarbeiten nicht stattfinden, sondern ist für Sonntag, 27. Juli, in Aussicht genommen. Mehrere genaue Mitteilungen erfolgen nach.
2. Kreis Wedding. Achtung, Kreismitglied! Das Reichsbanner, Kreis Wedding, veranstaltet am Donnerstag, dem 10. Juli, eine Demonstration gegen die Ausfertigungen der Nationalsozialisten. Die Kreismitglieder werden ersucht, die Demonstration zu unterstützen. Treffpunkt 19 Uhr Kappellplatz.
3. Kreis Schöneberg. Achtung! Die Abrechnung durch das Rinderheim, die für Sonntag, 13. Juli, ausbleiben war, kann infolge Reparaturarbeiten nicht stattfinden, sondern ist für Sonntag, 27. Juli, in Aussicht genommen. Mehrere genaue Mitteilungen erfolgen nach.

Heute, Mittwoch, 9. Juli:

1. WM. Die Schließende fallen aus.
2. WM. 19½ Uhr Schließende bei Dents. Schul- u. Christianstraße: Tote, Anwesenheit, 15: Schüler, Solente- u. Schüler Straße.
3. WM. 19½ Uhr Schließende in den bekannten Lokalen, Boncourt Straße 5. Vortrag des Genossen Otto Wachtmann. Politische und wirtschaftliche Tagesfragen. Schließende bei Rorer, Döberberg Straße, 19½ Uhr einmal aus.
4. WM. Schließende fällt aus. Die Leitung der Abteilung ist vom 15. Juli bis 18. August in Händen des Genossen Ernst Gensch, Kormholzer Str. 74.
5. WM. 19½ Uhr Schließende in den bekannten Lokalen.
6. WM. Die Gruppenleiter holen heute vor den Schließenden das Material von Döberberg, Döberberg Str. 13 ab.
7. WM. Charlottenburg. II. Gruppe. Schließende fällt aus.
8. WM. Schöneberg. Schließende fällt aus. Anwesenheit sämtlicher Funktionäre.
9. WM. Friedrichshagen. 19½ Uhr Schließende: 1. bis 3. Bezirk bei Riabe, Döberberg Str. 61. Politische Aussprache über die gegenwärtige Situation. Leitung: Dr. Franz Cohn, 4. bis 6. Bezirk bei Reginoff, Stubenrauchstraße 2. Politische Aussprache. Leitung: Erich Weidner.
10. WM. Friedrichshagen. Ausschuss der Rinderfremde nach Gerdorf, verbunden mit Schließenden. Treffpunkt 13 Uhr Bahnhofs der Straßenbahn 100, am Bahnhof Dö. Alle Genossinnen und Genossen sind herzlich dazu eingeladen.
11. WM. Mitteilungsversammlung fällt für Juli aus. — 12. WM. Schließende fallen aus. Die Bezirksleiter, holen „Unser Weg“ umgehend vom Genossen Gensch ab.
13. WM. Baumhüttenweg. Achtung! Die Mitteilungsversammlung gemeinsamer Spalergasse nach der Rückkehr. Treffpunkt 19 Uhr Baumhüttenweg u. Heidehüttenweg. Die Mitglieder wollen nach der Eröffnung der Mitteilungsversammlung ihren Bedarf decken.
14. WM. Schöneberg. Schließende fällt aus. „Unser Weg“ ist sofort beim Genossen Grieseler in Empfang zu nehmen.

Morgen, Donnerstag, 10. Juli:

1. WM. 19 Uhr treffen sich alle Genossen und Genossinnen mit Mitteilungsversammlung am Kappellplatz.
2. WM. 19 Uhr treffen sich alle Genossen und Genossinnen mit Mitteilungsversammlung am Kappellplatz.
3. WM. Die Genossinnen und Genossen treffen sich zum Ausflug nach Friedrichshagen am Sonntag, dem 13. Juli, 8½ Uhr, am Schleifchen Bahnhof, Empfangsgebäude. Ede Roppenstraße. Radfahrer kommen gleich zum Lokal Wiefengrund, Waldgründe links der Bahn.
4. WM. Marienborn. Freitag, 11. Juli, 19 Uhr, Kreisabend des Bezirks bei Döberberg, Marienborn. Die Genossen der Abteilung sind dazu ein.

Frauenveranstaltungen.

1. Kreis Prenzlauer Berg. Alle Genossinnen, die am Ausflug nach Buch am 24. Juni teilgenommen haben, können die Brochüre am Freitagabend bei Riabe, Döberberg Str. 11, in Empfang nehmen.
2. WM. Am Donnerstag, dem 10. Juli, Ausflug nach Friedrichshagen mit Radfahrern. Treffpunkt 9 Uhr Schleifchen Bahnhof, Waldgründe, an der Ufer. Radfahrer 14 Uhr. Bahnhof Friedrichshagen.
3. WM. Am Donnerstag, dem 10. Juli, beteiligen sich alle Genossinnen am Kaffeeladen am Rinderheim im „Alten Bierhäuschen“ in Treptow. Der Kaffeeladen fällt in diesem Monat aus.
4. WM. Die Genossinnen beteiligen sich am Donnerstag, dem 10. Juli, am Kaffeeladen am Rinderheim im „Alten Bierhäuschen“ in Treptow.
5. WM. Am Donnerstag, dem 10. Juli, 19 Uhr, im Lokal von Weibel, Röntgenstr. 74, Frauenversammlung. Vortrag des Genossen Dr. med. Herbert Marx über: „Frauenfruchtbarkeit“.

Bezirksausschuss für Arbeiterwohlfahrt.

1. Kreis Kreuzberg. Freitag, 11. Juli, 19½ Uhr, bei Richter, Göttemühle, Kreiswohlfahrt. Alle Mitteilungen müssen vertreten sein.

Jungsozialisten.

Spielgemeinschaft. Heute Abendabend im Jugendheim Nordstr. 11. 19½ Uhr beteiligen Genossen müssen teilnehmen.
Gruppe Charlottenburg. Heute, 10. Juli, findet eine Veranstaltung der GKS statt. Jugendheim Rinderheim, 4. Thema: Die Arbeiterklasse und der Kampf um die Macht. Referent: Max Gerdorf. Wir sind zu dieser Veranstaltung eingeladen.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsparungen für diese Rubrik sind bei den Geschäftsstellen des Vorwärts-Verlags, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu richten.

Heute, Mittwoch, 9. Juli, 19½ Uhr:

Wedding: Jugendheim Turiner Ede Gerdorf. Zusammenkunft des Reichsausschusses. — Schöneberg: Besuch der Parteiveranstaltung. — Prenzlauer Berg: Jugendheim Rinderheim. „Freiheitskultur“. — Charlottenburg: Jugendheim Rinderheim. „Sozialismus und Arbeit“. — Spandau (N.-N.): Jugendheim Lindenstr. 1. „Sozialistische Jugendinternationale“. — Schöneberg: Jugendheim Schulstr. 15. „Erfolge eines Gefangenenausschusses“. — Kollnsee: Jugendheim Guter Hof. Warum organisiert wir uns in den freien Gewerkschaften? — Friedrichshagen: Jugendheim Rinderheim. 17. Mitteilungsversammlung. — Rinderheim-Mitte: Jugendheim Döberbergstr. 20. „Wie stellen wir uns zur Wirtschaftspolitik?“. — Friedrichshagen: Besuch des Schließenden der Partei. — Rinderheim-Mitte: Jugendheim Guter Hof. „Wir lesen die Arbeiterjugend“. — Rinderheim-Mitte: Jugendheim Guter Hof. „Parade“. „Aufgaben der GKS“. — Döberberg: Jugendheim Rinderheim. 17. Mitteilungsversammlung. „Kriegsarbeit und Arbeiterjugend“. — Kreuzberg: 17. Mitteilungsversammlung. „Wir treffen uns um 19½ Uhr vor dem Jugendheim Rinderheim“. — Rinderheim-Mitte: Der Sprecher ist heute von 19 bis 21 Uhr auf dem Spielplatz Sonnenallee. Nachdem Spiel und Sport, Rega Teilnahme

Während der Ferien- und Reisezeit

kann der „Vorwärts“ und der „Abend“ auf jede Dauer allerorts bezogen werden.

Touristen und Wanderer

fordern das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei den Bahnhofsbuchhandlungen, Zeitungs-Kiosken, Buchhandlungen und sonstigen Verkaufsstellen.

Sommerfrischler

lassen sich den „Vorwärts“ bei einer Aufenthaltszeit bis zu einer Woche per Kreuzband nachsenden. Das Porto beträgt wochentags 10 Pf. Sonntags 15 Pf. (pro Woche 70 Pf.). Bei längerem Aufenthalt ist der „Vorwärts“ auf dem billigeren Wege der Postüberweisung zu beziehen, welche die Hauptexpedition vornimmt. In diesem Falle kommen zu dem Abonnementbetrage nur die Postbestellgebühren von 72 Pf. pro Monat. Wenn Nachsendung der Zeitung gewünscht wird, ist die in Frage kommende Ausgabe oder die Hauptexpedition des „Vorwärts“, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, möglichst eine Woche vorher zu benachrichtigen.

Laubenkolonisten

wird der „Vorwärts“ durch Boten zugestellt. Genaue Bezeichnung der Laube ist erforderlich.

Vorwärts-Verlag Berlin SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher Dönhof 292-297

Wich erwartet. Gruppe Reich trifft sich um 19 Uhr John-Eda-Rubowstr. Straße.
Reisebericht Prenzlauer Berg: Tambourpötte. Heute über alle neuen Spieler in der Turnhalle Wehlauer Str. 8. Turnschuhe mitbringen und pünktlich sein. Zutritt nur für Tambourpötte.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“
Geschäftsstelle: Berlin S 14, Erdwallstr. 17-18, Hof 2 Tr.
Mittwoch, 9. Juli, Friedrichshagen (Ortsverein). Junghäuser und Sportler treffen sich auf dem Sportplatz Friedrichshagen, Treptow (Junghäuser) 19½ Uhr. Formwörter-Expedition Gröbner. 20. Stellungnahme zur Ortsvereins-Jugendführer-Wahl. — Donnerstag, 10. Juli, Tiergarten. Kameradschaft Rindt. 20 Uhr Versammlung und Abrechnung für alle Gruppen- und Ausflüge der Gards. Ausgabe der Utop-Karten. Wedding (Ortsverein). Auftreten aller aktiven und passiven Kameraden. Spielmannszug und Musikorchester 19 Uhr. Kappell- u. Eda-Wehlauerstraße zum Lunch und zur Rundschau gegen die Nazis. Referent: Kamerad Dr. Richter. Prenzlauer Berg. Für Kameradschaft Rindt. um 20 Uhr bei Rindt, Emanuelstraße 3. Versammlung. Straße (Ortsverein). Kameraden, die nur Freizeitspieler am 19. und 20. Juli nach Raina fahren (Fahrkarte 40 Pf.), werden sich umgehend bei Kamerad Lehmann, Schönberger Str. 5, Ortsverein Rindt-Berg. Donnerstag, 19½ Uhr, Hauptplatz, Rindt-Berg Straße.

Sport.

Rennen zu Hoppegarten am Dienstag, dem 8. Juli.

1. Rennen. 1. Gräbina (S. Streit), 2. Senator, 3. Donjett. Toto: 61:10. Platz: 14, 15, 12:10. Ferner liefen: Eminenz, Graf Reiter, Glig, Kämmerer, Sieka, Sandburg.
2. Rennen. 1. Grauwade (Rollenberger), 2. Eilwin, 3. Ubertilla. Toto: 50:10. Platz: 17, 34, 26:10. Ferner liefen: Fencelon, Birgit, Magedonier, Donnerfisch, Verjöhnung, Freiwiliger.
3. Rennen. 1. Säckel (Säckel), 2. Bronzengarbe, 3. Mafese. Toto: 48:10. Platz: 15, 17, 13:10. Ferner liefen: Ufa, Künherr, Birkom, Bauernjunge, Jandem, Reichenbach, Sanda.
4. Rennen. 1. Karch (Himmelmann), 2. Kmal, 3. Majordomus. Toto: 27:10. Platz: 15, 19:10. Ferner liefen: Weitzpöller, Strona.
5. Rennen. 1. Goldwächter (Gräb), 2. Elend, 3. Rumm. Toto: 30:10. Platz: 13, 20, 15:10. Ferner liefen: Goldene Rose, Balha, Hüntherbach, Epheu II, Käm, Senora.
6. Rennen. 1. Helm (Gräb), 2. Woll, 3. Berth. Toto: 29:10. Platz: 14, 49, 19:10. Ferner liefen: Hoorn, Garde, Turandot, Prinzessin, Agricola, Sandur.
7. Rennen. 1. Quos ego (Säckel), 2. Dörfl, 3. Bernhard. Toto: 205:10. Platz: 42, 17, 19:10. Ferner liefen: DeMa X, Krifina, Simonides, Coratius, Dimanona, Pharisier, Rabameß, Karr.

Was sagt der Bär?



Auch vor den Toren Berlins
verdrängte die Zeit die Romantik der Landstrasse. Wo einst die Peitsche knallte, singt jetzt in gleichmäßigem Takt der Motor, und wo die Tabakpfeife qualmte, schweben feine Rauchwölkchen von
Josetti Juno
Berlins meistgerauchter 4's Cigarette

Der Chef besorgt sich Geld

Von Achmed Abdullah und Faith Baldwin

In die Atmosphäre des New Yorker Theaters führt uns ein Roman „Broadway-Sensation“ von Achmed Abdullah und Faith Baldwin. Im Mittelpunkt bunter Geschehnisse steht ein genialer Theaterdirektor, der „Chef“, wie ihn der ganze Broadway nennt. Mit Glanz des Paul-Holman-Berlages, Wien-Berlin, gehen wir daraus folgenden Abschnitt:

Julius Bed, der Millionär, erwartete seinen Jugendbekannten Cardoza, den Theaterbesitzer, den „Chef“, wie ihn der ganze Broadway nannte. Er sah in seinem einfachen dunklen Schlafrock überrollend gut aus. Sein Schnurrbart war weiß, seine Haut rötlich, und festlich, er erinnerte an einen pensionierten englischen Kavallerieoberst.

Er begrüßte seinen Besucher ohne ein Zeichen des Staunens. Es war dieses Talent, die Dinge als gegeben anzusehen, sich durch nichts überraschen zu lassen, das ihm geholfen hatte, sein Vermögen zu erwerben. Wenn er über den Zweck dieses nächtlichen Besuchs nachdachte oder Befürchtungen hegte, so zeigte sich dies nicht in seinem Benehmen.

Sie setzten sich. Cardoza wählte instinktiv einen großen dunklen Fauteuil mit nicht zu hohem Sitz, seiner kurzen Beine wegen. Und sein Kopf hob sich wie ein silbernes Reboillon scharf von dem reichen Brokat ab, während der Bankier an seinem gewaltigen Arbeitstisch Platz nahm und mit einer gafffreundlichen Bewegung auf einen Tisch wies, auf dem sich Weinstaschen, Gläser, Eis und Rauchwaren befanden.

„Wirst du trinken, Leo? Eine Zigarette?“
„Ich trinke nie — und ich rauche nie.“
Bed zündete sich eine Zigarette an.

„Seit wann bist du Anachoret geworden?“ fragte er, und ein Lächeln spielte um seinen weißen, gepflegten Schnurrbart.
„Anachoret? Reint! Aber ich hege kein Verlangen, meine feinen Sinne abzustumpfen, die so empfänglich sind für die Schönheit...“
„Ebenso für belebte wie für unbeliebte Schönheit?“ gab der Bankier zurück, dessen Schroffheit durch die gewählte Art, sich auszu-
drücken, bemäntelt wurde.

Er rümpfte beim Sprechen ein wenig die Nase. Ruth, seine Freundin, ein früherer Star Cardozos und zugleich seine Geliebte, hatte ihm von ihrer Unterredung mit dem Chef erzählt. Es war ein genervierter Bericht gewesen. Sie war bloß eines neuen Stückes wegen zu Cardoza gegangen, so hatte sie erzählt, und war abgemiesen worden — aus reiner Bosheit. Cardoza schwieg, und Bed, der gewohnt war, bei seinen Geschäften, wenn keine fanstere, weniger deutliche Methode geboten war, den Stier bei den Hörnern zu packen, tat dies auch jetzt. Er verdrang seine wirkliche Verlegenheit und sog ruhig, fast nebenbei:

„Mir hast du mir erzählt, daß sie mit dir gesprochen hat. Zu ärgerlich, daß du kein Stück für sie finden kannst. Natürlich“, fuhr er totenartig fort, „hätte sie ja als eigene Theaterleiterin finanziellen Rückhalt bei mir...“

Cardoza winkte nachlässig ab.
„Darüber wollen wir ein andermal sprechen.“
„Nicht jetzt, eh, Leo?“
„Nicht jetzt. Genug des Spiels mit Worten. Ich weiß, woran du denkst...“

„Oh...? Au...?“
„Ruth. Was ist sie...?“
„Eine recht hübsche Frau, würde ich sagen, Leo!“

„Ja. Aber — nur eine Frau. Frauen sind für mich Sonnenstrahlen auf einem dunklen und einsamen Pfad. Sie sind Blumen in einem Garten. Sie bringen mir Licht, Anmut, Parfüm. Nun — gelegentlich ändert man sein Parfüm — und Blumen werden weif. Frauen berühren mein Herz. Aber sie beeinflussen nicht meine Seele. Darum — hege ich keinen Groll — nicht den lebesten Groll, Julius.“

Dieser schöpft erleichtert Atem. Dann fragte er, wieder seiner sicher, wieder ein wenig herablassend:

„Und dieser Besuch — zwischen Ritternacht und Morgen — dient nur gesellschaftlichen Zwecken?“
„Rein. Ist ein Geschäftsbesuch. Ich brauche dich.“

Bed's kleine Augen wurden schloß. Er murmelte nachlässig:
„Wenn ich dir dienlich sein kann...?“ Und er wartete, während Cardoza fortfuhr:

„Wir beide begannen mit nichts. Du hast Millionen gemacht und aufgehäuft. Ich habe Millionen gemacht und sie fortgeworfen — um Schönheit zu schaffen und Freude für Tausende von Amerikanern, Werd für Abend. Du hast dein Geld in Äthien investiert. Ich habe es in Rußland angelegt. Und — ich bin zehnmal klüger als du.“

Der Bankier nickte.
„Wirklich, bist du das?“ fragte er — aber in seiner Stimme lag Verwunderung.

„Ja. Ich weiß es. Du weißt es. Hätte ich meinen Sinn darauf gerichtet, runde, klingende Dollars aufzustapeln, so hätte ich dich auf deinem eigenen Felde schlagen können, Julius. Aber ich machte mir nichts daraus. Und heute — die klauvolle Stimme geriet ins Stammeln, wurde, wenn auch kaum merklich, unsicher. „Heute sitzt du hier vor mir... du besitzt die Frau, die zu einer großen Schauspielerin zu machen mein Traum war... du besitzt diese marmorne Anghenierung deiner Macht... du besitzt ungezähltes Geld in einem ganzen Dugend von Banken. Und ich besitze nichts außer Erinnerungen und ehrgeizigen Zielen. Erhabene Ziele sind es, Julius, Ziele, die Geld erfordern. Höre... ich habe ein neues Stück... ein prachtvolles Stück... ein Stück, das in der Theatergeschichte Epoche machen wird... und ich habe nicht einen Cent, es herauszubringen. Julius... gib mir das Geld... und zahle so deine Schuld an die Kunst... zahle die Schuld an deine eigene Jugend, da auch du von der Schönheit träumst!“

Cardoza hielt inne. Sein Atem ging rasch, und der andere war bewegt.

Denn Julius Bed besaß eine starke Leidenschaft für Dinge von dauernder Schönheit, sah sich gerne als selbstgewählten Patron der schönen Künste, hatte viele Presseperlen und Kunstschachverständige unterstützt, von Ed Bernays bis Oliver Lanier, damit sich sein Ruhm als Mäzen von New York bis London und vom Pazifischen bis zum Atlantischen Ozean ausbreite. Er machte einen klugen Gebrauch von diesem Ruhm, wie z. B. bei jenen Gelegenheiten, da er allen möglichen Experimenten und intellektuellen Kleintheaterunternehmen finanziellen Rückhalt bot, um das Tor der durch und durch verhärteten christlichen Gesellschaft einzuräumen. Dennoch war seine Leidenschaft für die Schönheit echt, echt auch sein Reich auf Leute, die Schönheit schufen; und während der ganzen Zeit, die sie einander kannten, hatte er Cardoza beneidet — weil dessen Name in aller Rund war als der Name eines Schöpfers eben der Dinge, die er selbst, Bed, zu begünstigen versuchte.

Außerdem handelte es sich hier um Ruth Hoyt.

Als er sie dem anderen weggenommen, hatte er eine gewisse Befriedigung seiner Eitelkeit gefühlt. Ruth Hoyt — Cardozos Geliebte — war für Julius Bed's eifersüchtiges, besitzgieriges Gemüt noch begehrenswerter, weil sie Cardozos Geliebte gemessen war, weil er sie Cardoza weggenommen hatte.

Es erinnerte ihn an den Augenblick des Triumphes, da er Titus

Jones, dem Cleveland Finanzmann, die Kontrolle der N. R. u. S. Eisenbahn aus den Händen gerissen hatte.

Titus Jones war geschlagen zu ihm gekommen und hatte ihn um ein Darlehen gebeten... und jetzt kam auch der Chef zu ihm und bat ihn um Geld — welche Erniedrigung?

Eine stolze Erniedrigung? Ja! Dennoch eine Erniedrigung. Und die ein wenig gewölbte Brust des Bankiers weitete sich unter dem feinen, seidnen Unterhemd, als er fragte:

„Wieviel brauchst du, Leo?“
„Hunderttausend Dollar“, entgegnete Cardoza, ohne mit der Wimper zu zucken.

„Sehr gut.“
Bed öffnete eine Lade und zog ein Scheckbuch hervor. Während er langsam die Summe niederschrieb, kostete er ein seltsames Gefühl des Triumphes aus und ein noch seltsameres Gefühl künstlerischen Stolzes. Er traktete die Unterschrift ab und überreichte den Streifen grünen Papiers dem anderen, dessen Gesicht keine Veränderung zeigte.

„Hier, Leo.“
„Danke“, war Cardozos einfache Antwort.

Er nahm den Scheck entgegen wie ein König einen ihm gebührenden Tribut. Er lächelte dem Bankier freundlich zu, aber es lag Herablassung in dieser Freundlichkeit. Niemals sentte er sein Banner vor einem anderen; nicht einmal, wenn dieser andere ihn eben vor dem Bankrott gerettet hatte — dazu noch ohne Sicherheiten.

Er blies noch ein paar Augenblicke, sprach freundlich über einige der letzten finanziellen Unternehmungen Bed's — Anleihen fremder Staaten, eine neue Dampferlinie — und zog sich dann würdevoll zurück, während Bed ihm bis zu der schönen Bronzetür das Geleit gab.

Fischforscher bei der Arbeit

An der Ostgrenze der Reichshauptstadt, dort, wo schöne Bäder an den Ufern des Müggelsees den badeleidigen Berlinern lächeln Schatten spenden, liegt, ganz versteckt im Grün, ein Forschungsanstalt besonderer Art. Es ist die Preussische Landesanstalt für Fischerei, von deren Aufgaben sich nur die wenigsten der Vorübergehenden eine klare Vorstellung machen können. Für den Leiter, Professor Dr. Wundsch, ist die theoretische Wissenschaft nichts, wenn sie nicht der Praxis dient. Seit dem Jahre 1925 leitet Professor Wundsch ehrenamtlich das nun seinem Vorgänger, Professor Dr. Schiemens, begründete Fischforschungsinstitut in Friedrichshagen; im Hauptberuf ist er Dozent an der landwirtschaftlichen Hochschule zu Berlin.

Kleine und große Bassins beherbergen Hunderte von Hechten, Nöthen, Aalen, Forellen und anderen Fischarten; aber ihre Aufgabe besteht nicht darin, Objekt für langwierige wissenschaftliche Untersuchungen zu sein, deren Wert nur in der Theorie liegt; vor allem gilt es hier, die Krankheiten festzustellen, die den Fisch befallen können, und die Möglichkeiten ihrer Heilung und Verhütung zu erproben. Es gibt kaum eine allgemeine Krankheit, die alle Fische hefällt. Jede Fischart hat ihre besonderen Leiden. In welchem Maße das Friedrichshagener Institut den Interessen der 35 000 deutschen Fischereibetriebe dient, beweisen die in den Kellern lagerten oodlen Köffer; in diesen liegen die an einem geheimnisvollen

Fischsterben zugrunde gegangenen Fische, die nicht nur aus öfen Teilen des Reiches, sondern aus noch entfernteren Winkeln nach Friedrichshagen geschickt werden, damit sich die Gelehrten dort über die Todesursachen klar werden und Mittel erfunden können, mit denen man den Fischen helfen kann. Die Feinde des Fisches sind sehr zahlreich, und sie befinden sich leider auch unter jenen Vögeln, die wegen ihrer Seltsamkeit und Schönheit dem Naturschutz unterstehen. Am Direktionszimmer der Landesanstalt sind sie in ausgestopftem Zustande zu sehen; da ist der graue Reiher, der Haupttaucher, die Röhrdämsel, der Fischadler, der Kormoran, der Eisvögel. Der Schaden, den diese Wasservögel unter den Fischen anrichten, besteht nicht nur darin, daß sie die Fische fressen; sie übertragen auch Krankheiten auf die Bewohner des feuchten Elements. Die Mehrzahl der Fischschmarotzer ist für die Fische verhältnismäßig wenig schädlich, dagegen kann ein Parasit für den Fischbestand eines Gewässers zu einer unheilvollen Gefahr werden. Es ist dies der Fischbandwurm, der im Stadium der Geschlechtsreife, 30 bis 40 Zentimeter lang, im Darm vieler Wasservögel vorkommt. Nach Mäusen, Enten und Krähen können diesen Fischbandwurm übertragen. Unter den Fischen und Fischzuchtarten, die Zehntausende in Schleien- und Forellenteichen anlegen, gibt es genug Naturfreunde und Anhänger des Vogelschuges; aber auch diese müssen zur Bäche greifen, wenn es gar zu schlimm mit den gefiederten Fischfeinden wird. Der prächtig bunte Eisvogel z. B. hat es vor allem auf die Forellenzuchtanlagen in der Magdeburger Gegend abgesehen.

Das Aufgabengebiet der Preussischen Landesanstalt für Fischerei ist nicht eng begrenzt. Nicht nur die Entwicklung des einzelnen Fisches wird beobachtet. Die Fischfruchtbarkeit ganzer Seen und Flußläufe wird gründlich untersucht. Den biologischen Veränderungen, die von den Abwässern der Industrieanlagen und von den Wasserbauten hervorgerufen werden, schenkt man ganz besondere Aufmerksamkeit. Bei Fischereischäden und Pachtstschörungen sprechen die Fischforscher in Friedrichshagen das entscheidende Wort. Am meisten hat die chemische Abteilung der Anstalt zu tun. Durch Abwässer von Fabriken vergiftetes Wasser, in dem ein Fischsterben festgestellt wurde, wird sorgfältig untersucht. Beim Nachlassen der Fruchtbarkeit in einem Gewässer werden den Fischern Chemikalien und Düngemittel empfohlen. Im Frühjahr und im Herbst gibt es in dieser Beziehung am meisten zu tun. Wenn es auf den Winter zugeht und der Fischer von seiner Arbeit etwas ausruhen kann, geht es im Institut am Müggelsee, wo sonst kaum ein Dugend Menschen tätig ist, am Bassin, im Laboratorium, in der Dunkelkammer oder bei der Prüfung der Fanggeräte um so lehrreicher zu. In dieser Zeit besuchen junge Fischer, Postgeheimräte und sonstige Interessenten die Kurse der Landesanstalt. Auf den Voten, die die Forschungsanstalt betritt, flücht eine solche Menge von Eindrücken ein, daß er des Führers bedarf, um sich zurechtzufinden. Da fällt in einem Schrank z. B. ein mit glänzenden Silberperlen gefülltes Reagenzglas auf; sein Inhalt verodnt Dasein und Glanz dem wirtschaftlich unergiebigen und unermessbaren Ufetei. Dieser wird in zusammengedrängten Massen gefangen, entschuppt und extrahiert. Aus der gewonnenen Silbermasse wird dann die künstliche Perle hergestellt.

Wie schnell die Fischereiwissenschaft aufgeblüht ist, zeigt ein Vergleich zwischen dem in den Jahren 1906/08 erbauten Institutgebäude von heute und dem hart am Rande des Müggelsees stehenden Geratenschuppen, der, im Jahre 1893 vom Deutschen Fischereimuseum aufgebaut, 15 Jahre lang ein Barodenlaboratorium, die Grundlage der Landesanstalt für Fischerei, beherbergte. Was diese auch international darstellt, davon legt der Ausländerbesuch be-
redetes Zeugnis ab.

Der Mensch im Wasser

Daß sich ein gesunder junger Mensch leicht und frei im Wasser bewegen könne, um bei Unglücksfällen nicht zu ertrinken, war ein Gesetz, das schon die Lebenskunst der Antike vorschrieb. Daher war das Schwimmen bei den alten Griechen und Römern kein eigentlicher Sport, sondern etwas, das der für das praktische Leben ausgebildete Mensch eben einfach können mußte. In Platos Augen besaß ein Mensch, der des Schwimmens nicht kundig war, keine richtige Bildung, eine durchaus logische Folgerung, weil bei den Griechen die Kinder als erstes lesen und schwimmen lernen mußten. Es war damals auch nichts Außergewöhnliches, wenn Frauen gut schwimmen konnten, überdies wurde das Schwimmen oft von Ärzten als Heilmittel verordnet. Die Menschen der Antike schwammen nach den neuen Forschungen Prof. Wehls schon genau so wie der moderne Schwimmer, mit demselben Beinschlag und den dazugehörigen Armbewegungen; auch Rückenschwimmen war sehr, Brustschwimmen dagegen nur wenig beliebt. Selbst das „Crawlen“, mit dem heutzutage der Anfänger in die Schwimmkunst eingeführt wird, kannten die Alten schon, und beim Wassersprung war allgemein der Kopfsprung üblich.

Aus den Jahrhunderten, die dem Altertum folgten, läßt sich über die Geschichte der Schwimmkunst nicht allzuletzt berichten. Man liebte das Baden, schätzte aber das Schwimmen nicht. Im 17. Jahrhundert kam es einmal so weit, daß das Schwimmen gar mit einem — Bonn belegt wurde. Ganz unterdrückt ließ sich die Lust am Schwimmen freilich niemals und nirgends, aber es dauerte doch weit bis in die Neuzeit hinein, bis das Schwimmen zu einer Art Gemeingut des Menschen wurde, und daß auch jede Frau, wenn sie Lust verspürte, nach Herzenslust schwimmen konnte, ohne unliebliches Aufsehen zu erregen. In dieser Hinsicht waren es die Vorleserinnen, die den gesundheitlichen Wert des Schwimmens erkannten und als erste den Rat fanden, dem Vorurteil entgegenzuhandeln und in einer großen Schwimmmanstalt in Paris den gesunden Sport zu treiben. Das war im ersten Viertel des vorigen Jahrhunderts; damals galt merk- würdigerweise das Schwimmen noch allgemein als gutes Mittel gegen das — Schiefen.

Der Mensch hat es im Schwimmen heute ziemlich weit gebracht, sowohl was die Schnelligkeit der Fortwärtsbewegung anbelangt, als auch in Beziehung auf die Zeitdauer, die er schwimmend im Wasser zubringen kann. Aber selbst der Rekordschwimmer, der mit dem schnellsten Crawl durch die Fluten eilt, bleibt ein Stümper gegen die wahren Rekordschwimmer der Erde, die Fische. Schon die Forellen lassen uns Leistungen beobachten, die man mit keiner menschlichen Schwimmleistung vergleichen kann; sie schießen so schnell dahin, daß sie in der Stunde eine Strecke von 30 Kilometer durchziehen. Der Lachs bringt es in der gleichen Zeit auf 50 Kilometer, der amerikanische Riesenhering (Megalops atlanticus) oder raft mit einer Geschwindigkeit von 60 bis 80 Kilometer durchs Wasser. Dazu kommt bei den Fischen noch die Fähigkeit einer ansehnlichen Zugkraft während des Schwimmens, die zwar in der freien Natur nicht beansprucht wird, aber gleichwohl vorhanden ist. Professor Houssane von der Pariser Sorbonne hat die Kräfte gemessen und mit denen eines Menschen verglichen. Er ist dabei zu dem Ergebnis gelangt, daß die Bewegungen eines 80 Kilogramm schweren, im Wasser schwimmenden Menschen

durch eine Belastung von 7 Kilogramm glott lahmgelegt werden; er ist dann einfach nicht mehr imstande, weiter zu schwimmen. Bei einem nur 419 Gramm schweren Fisch trat dasselbe Ergebnis jedoch erst dann ein, als man ihn mit einem Gewicht von 750 Gramm belastete.

Die Ausübung eines Sports wird fast immer ganz besonders begünstigt, wenn ihm die Körpergestalt des Sporttreibenden gemessen angepaßt ist. So verhält es sich denn auch beim Schwimmer. Vor kurzem erst wurden Untersuchungen ausgeführt, die dahin zielten, die Vertreter der einzelnen Sportarten auf ihre Körpergestalt hin zu beobachten und zu vergleichen, wobei festgestellt wurde, daß gute Schwimmer sehr oft kurze Beine besitzen, wogegen die Körpergröße keinen Einfluß auf die Sportleistung auszuüben scheint, da sich unter den Meisterchwimmern sowohl große als auch kleine Leute befinden. Ein guter Brustschwimmer wurde fast immer beobachtet und wird auch durch die beim Schwimmen ausgeführten Armbewegungen sehr begünstigt. Sehr wichtig ist es für jeden Schwimmer, zu wissen, welchen Einfluß das Schwimmen auf die Tätigkeit des Herzens ausübt, denn wie bei jedem Körpersport, wirkt auch beim Schwimmen jedes Zupiel in erster Linie auf das Herz ein. Als man die Teilnehmer eines Wettschwimmens untersuchte, in dessen Verlauf 68 Meter in 45 Sekunden zurückgelegt worden waren, zeigte sich an 10 von 11 Schwimmern unmittelbar nach Beendigung des Schwimmens das überragende Ergebnis einer deutlich wahrnehmbaren Verkleinerung des Herzens. Nicht weniger als 33 Prozent der Wettschwimmer besaßen überhaupt schon abnorme Herzen, manche von ihnen vergrößerte Herzen, während an anderen wieder Pulsunregelmäßigkeiten sowie Herzgeräusche zu beobachten waren. An diese Folgen sollte jeder Schwimmer denken, wenn er sich durch angestrengtes Training auf irgendeine besondere Leistung vorbereiten will, weil solche Gewaltleistungen in diesen Fällen zu einer Schädigung des Herzmuskels führen, die, wenn überhaupt, nur langsam und schwer geheilt werden kann.

Ein böses Uebel für den Schwimmer stellen die Krämpfe dar, die ihn oft während des Schwimmens befallen. Aber zum Trost der Schwimmer sei gesagt, daß fast jeder Krampf auch bekämpft werden kann, sogar während der Schwimmer sich noch im Wasser befindet. Stellt sich zum Beispiel der Wadenkrampf ein, so soll man sich auf den Rücken legen, tief aufatmen und zudrückt mit den Händen weiter schwimmen. Das vom Krampf befallene Bein zieht man möglichst mit der Hand, indem man es an den Fersen ansieht, so, daß der Fuß mit dem Unterschenkel einen rechten Winkel bildet. Auch beim Oberschenkelkrampf empfiehlt es sich, sich kräftig atmend auf den Rücken zu legen und mit den Händen weiter zu schwimmen, wobei man den Unterschenkel gegen den Rücken biegt. Stellt sich ein Krampf im Handrücken ein, versucht man zuerst, während des Weiter Schwimmens, so oft der Arm nach vornwärts gestreckt wird, eine Faust zu ballen, wodurch die Finger Muskeln entspannt werden. Hilft das nicht, so schwimmt man ohne Mitwirkung der Arme, nur mit Beinbewegungen — auch wieder auf dem Rücken liegend — weiter. Die Hauptsache ist und bleibt bei der Bekämpfung aller dieser unangenehmen, aber im leichten Falle ungefährlichen Krämpfe, daß man die von ihnen ergriffenen Muskeln gleich in eine entsprechende Ruhelage bringt, was dann den Krampf gewöhnlich schnell aufhören läßt.

Der Stockholmer Kongreß.

Ein Tag der Begrüßungsansprachen. — Anklagen gegen den Kapitalismus.

J. St. Stockholm, 8. Juli. (Eigenbericht.)

Die Stadterwaltung von Stockholm hat die Delegierten und Gäste des Internationalen Gewerkschaftskongresses zu einem Empfangsabend im Rathaus eingeladen.

Am schwersten hatte es Albert Thomas, der nun schon zum fünften Male als Direktor des I. A. zu einem Internationalen Gewerkschaftskongreß spricht.

keine Organisation des Friedens ohne die Arbeiterschaft geben könne, darf man sich nicht darüber wundern, daß der Völkerverbund nur zögernd und schwankend in seine Aufgaben geht.

Friedrich Adler hat in seiner Ansprache gewissermaßen ein Programm der Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Partei.

J. St. Finnland ist ein Anschauungsunterricht für die Zusammenarbeit von Partei und Gewerkschaften.

Zum Schluß erinnert Adler daran, daß Stockholm der Ort der Wiedergeburt der Sozialistischen Internationale ist.

Ollenhauer überbringt die Grüße der sozialistischen Jugend und weist besonders auf die Gemeinsamkeit der Forderungen der Jugend und des I. G. hin.

Es folgen die Vertreter der überseeischen Länder und Kontinente, die mit dem I. G. in freundschaftlichen Beziehungen stehen.

Ismaïl - Ägypten dankt für die Unterstützung durch den I. G. vor dem Kriege.

Suzuki - Japan stellt fest, daß der Krieg einen Rückschlag gebracht habe in der Entwicklung der japanischen Gewerkschaftsbewegung.

Die Löhne der Landarbeiter, die unter der brennenden Sonne Ägyptens vom ersten Morgengrauen bis spät in die Nacht arbeiten, betragen 50 P. bis 1 Mark täglich.

Croft - Australien, der erklärt, als Beobachter dem Kongreß beizuwohnen, bittet zu berücksichtigen, daß die australischen Gewerkschaften, wenn sie in vielen Punkten von den Forderungen der europäischen Arbeiter abweichen, dies nicht aus Rücksicht auf die absolute Zollfreiheit, indem sie den Kapitalisten in Australien nicht erlauben wollen, mit Hilfe der Einwanderung die Löhne und die Arbeitsbedingungen der australischen Arbeiter zu drücken.

Rajah - Indien verweist wie Ismaïl auf die fortschreitende Industrialisierung und auf

die ungeheure Ausbeutung der indischen Proletariat.

Während aber Ismaïl sich dagegen wandte, daß man die Gewerkschaften in den Kampf um die Unabhängigkeit hineinzuziehen suche, erklärt Rajah, daß die indische Arbeiterbewegung in ihrem Lebensnerv verknüpft ist mit der Befreiung des indischen Volkes.

Suzuki - Japan stellt fest, daß der Krieg einen Rückschlag gebracht habe in der Entwicklung der japanischen Gewerkschaftsbewegung, daß dann der Syndikalismus sein Unwesen getrieben und schließlich der Bolschewismus sich der japanischen Gewerkschaftsbewegung zu bemächtigen gewagt habe.

Roberts - Neuseeland weist wie sein Kollege aus Australien auf die Unterschiede hin zwischen den Forderungen der australischen und der Arbeiter der übrigen, besonders der europäischen Länder. Der Krieg und die Rationalisierung haben aber die Bedingungen der Arbeiter Neuseelands ähnlich gestaltet wie die Arbeitsbedingungen der europäischen Völker.

Jouhaug, der der Tagung präsiert, dankt den Rednern und stellt fest, daß, wenn auch Unterschiede bestehen mögen, alle der gleiche Geist und das gleiche Ideal befeuert.

die Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Arbeiterinternationale.

die die Zukunft des I. G. noch positiver und fruchtbringender gestalten werde. Besonders den beiden australischen Delegierten sagte Jouhaug: Wenn er auch die Gründe würdige und den australischen Arbeitern recht gebe, ihre Arbeitsbedingungen zu verteidigen, so dürften die australischen Arbeiter nicht vergessen, daß die Wohlfahrt der Arbeiterschaft und ihre Befreiung keine Grenzen kenne.

Sassenbach teilte im Anschluß daran mit, daß der kubanische Vertreter durch Krankheit in Genf festgehalten sei, und daß Begrüßungsschreiben vorliegen aus Mexiko und Venezuela. Sassenbach berichtet dann ganz kurz den gedruckt vorliegenden Tätigkeitsbericht und stellt fest, daß die Krise in der Gewerkschaftsbewegung überwunden sei und daß es seit zwei Jahren überall vorwärts gehe.

Am die Arbeitszeit in Nordwest. Hat der D. M. B. die Friedenspflicht verlehrt?

Essen, 8. Juli. (Eigenbericht.)

In Essen wurde am Dienstag zwischen dem Arbeitgeberverband Nordwest und den Gewerkschaften verhandelt über die in Aussicht genommenen Kündigungen des Arbeitszeitabkommens durch die drei Gewerkschaften und des Lohnabkommens durch die Arbeitgeber und christlichen Gewerkschaften.

Vor Eintritt in die Besprechungen erklärten die Arbeitgeber, daß sie eine gerichtliche Feststellung darüber herbeiführen lassen würden, ob der Deutsche Metallarbeiterverband durch seine Unterstützungserklärungen in der Abwehr des Arbeitszeitabbaues die Friedenspflicht verlehrt habe.

In den Verhandlungen selbst forderten die Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes die 48stündige Arbeitswoche, zumal Nordwest die längste Arbeitszeit im ganzen Reich habe. Die christlichen Gewerkschaften forderten eine bessere Ueberblicklichkeit des Lohnabkommens und kündigten spezielle Forderungen an.

Die Verhandlungen werden am 29. Juli in Essen fortgesetzt.

Einigung bei Siemens-Schuckert. Die Severing-Klausel bleibt bestehen.

Mülheim-Ruhr, 8. Juli.

In dem Lohnkonflikt der Siemens-Schuckert-Werke ist es in den Besprechungen der Gewerkschaftsführer und der Vertreter der Gruppe Nordwest, Grauert und Raabe, zu einer Einigung gekommen.

Die Betriebsleitung machte die Konzession, daß die Severing-Klausel bestehen bleibt, und die Arbeitnehmer machten das Zugeständnis, daß nach Verhandlungen mit dem Betriebsrat im Laufe der nächsten Woche die Belegschaftsziffer um hundert Mann vermindert wird.

Die Lohnfözung.

In den Ranstedtwerten in Troisdorf (bei Köln) ist der Lohnsenkungskonflikt zum Abschluß gekommen. Nach Beschluß der Gewerkschaften wurde am Dienstag die Arbeit wieder aufgenommen.

arbeiterlöhne zu mildern. Schließlich machte sie das Angebot, vom Lohnabzug, der insgesamt 30 000 Mark betragen sollte, 3000 Mark nachzulassen.

Emil Weill gestorben.

Der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter hat durch Ableben des Redakteurs Emil Weill, der am 6. Juli im städtischen Krankenhaus Weiskense nach langem, schwerem Krankheitslager im Alter von 51 Jahren gestorben ist, einen herben Verlust erlitten.

In seiner Berufstätigkeit wie in der Partei und seinen Ehrenämtern war er der allerzeit pflichttreue, regsame und erfolgreiche Arbeiter und Vertreter der jungen Generation ein Vorbild. Ehre seinem Andenken!

Das gute Herz der Filmindustrie. Für die brotlos gewordenen Kinomusiker.

Die Spitzenorganisation der Deutschen Filmindustrie gibt folgende Resolution zur Musikerfrage bekannt:

Die Spitzenorganisation der Deutschen Filmindustrie empfiehlt zur Steigerung der Rostlage der durch die Umstellung auf den Tonfilm brotlos gewordenen Kinomusiker deren bevorzugte Heranziehung zu Tonfilmkapellen und weiterhin die größtmögliche Beschränkung in der Verwendung ausländischer und nebenberuflich tätiger Musiker und anderweit erwerbender Kapellen.

Wir befürchten, daß selbst die Befolgung dieser Resolution, die übrigens in ihrem zweiten Teil von „weiterhin“ ab sehr locker gehalten ist, an der Rostlage der überflüssig gewordenen Kinomusiker wenig ändern wird.

Du mit dieser Resolution der Plan der Tonfilmverleiher ausgegeben ist.

im Tonfilmkino keine Kräfte zu beschäftigen.

keine Musiker und Schauspieler, sei dahingestellt. Die Ausschußmitglieder der Internationalen Kräftehilfe, des Deutschen Musikerverbandes und der Bühnengewerkschaft hatten sich kürzlich mit diesem Plan zu beschäftigen.

Die durch den Plan der Tonfilmverleiher bedrohten Artisten, Schauspieler und Musiker aber werden die Frage erheben, ob man in Deutschland, trotz entgegenstehender Befehle eines Arbeitnehmers hindern darf, seiner Arbeit nachzugehen.

Protest der Töpfer.

Die dem Deutschen Bauergewerksbund angeschlossene Fachgruppe der Töpfer, Mitgliedschaft Berlin, befahte sich in ihrer jüngsten Versammlung mit der Aufstellung ihrer Kandidaten zum Verbands- und Bundeskongreß.

Eine weitere Entschiedenheit an den Bundeskongreß wendet sich gegen die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung und der Krankenversicherung, wogegen schärfster Widerstand des Bundesvorstandes und des D. G. B. gefordert wird.

Die Arbeitslosigkeit in Großbritannien liegt in der am 30. Juni beendeten Woche um 75 258 gegen die Vorwoche auf 1 800 000, das sind 748 218 mehr als in der letzten Juniwoche des Vorjahres.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Es spielen die Gruppen: Turnhalle: Auf dem Sportplatz im Jungferndamm. — Schützen, Revolver- und Pistolenvereine: Jungferndamm. — Fußball: Auf dem Sportplatz im Jungferndamm. — Tischtennis: Auf dem Sportplatz im Jungferndamm. — Schach: Auf dem Sportplatz im Jungferndamm.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Anaeftellen

Deute, Mittwoch, sind folgende Veranstaltungen: Gelerndten: Jungferndamm. — Obere: Jungferndamm. — Unter: Jungferndamm. — Schach: Auf dem Sportplatz im Jungferndamm. — Tischtennis: Auf dem Sportplatz im Jungferndamm.



Für die Gesundheit! Fachinger Versandstelle, Berlin JW 11, Schönberger Str. 16a. Tel. Litzow 8260-61.

Advertisement for BAD EMS featuring a rooster logo and text: 'das historische Bad mit neuzeltlichsten Einrichtungen'.

Kein Stickstoffpakt?

Frankreich macht aus militärischen Gründen Schwierigkeiten.

Seit mehr als einer Woche tagt in Paris eine internationale Stickstoffkonferenz. Die Volltagung am 5. Juli hat das erwartete positive Ergebnis nicht gebracht. Die Gegenjäger waren zu groß. Die Unterausschüsse tagen weiter, und für Donnerstag ist eine neue Volltagung vorgesehen.

Zweck der Pariser Konferenz ist eine Einigung der Stickstoffproduzenten fast aller wichtigen Länder für eine internationale Preisfestsetzung und für eine feste Quotenverteilung. Wie schon ein deutsches Stickstoffpatent besteht, soll ein internationaler Stickstoffpatent gebildet werden. Beteiligt an den Verhandlungen sind die Industrien von Deutschland, Frankreich, Belgien, Holland, England, Norwegen, der Tschechoslowakei, Polen und Italien. Zu unterscheiden sind vor allem zwei Gruppen: erstens Länder, die mehr erzeugen als sie selbst verbrauchen, die also einen großen Teil ihrer Produktion ausführen müssen (insbesondere Deutschland, Norwegen und England); zweitens Länder, die mehr verbrauchen als sie selbst erzeugen können, also noch auf Einfuhr angewiesen sind, insbesondere Frankreich.

In Offende, wo eine vorbereitende Konferenz stattgefunden hatte, war provisorisch vereinbart worden, daß die Stickstoffanlagen der Welt nur zu 50 Proz. ausgenutzt werden dürften. In Deutschland und den meisten Ländern werden die Anlagen bereits gegenwärtig bestenfalls zu 70 Proz. ausgenutzt. Die französischen Vertreter sind jedoch hiermit keineswegs einverstanden, da Frankreich seine Produktion aus militärischen Gründen: Stickstoffindustrie liefert wichtigste Explosivstoffe nach zu erweitern möchte, daß es von der Einfuhr nicht mehr abhängig ist. Frankreich hat durchgesetzt, daß jedem Land der „Territorialschutz“ zugesichert wird, d. h. jedes Land verfügt in erster Linie seinen eigenen Markt; nur insoweit die eigenen Anlagen nicht ausreichen dürfen die anderen Länder Stickstoff hierhin ausführen. Andererseits besteht Frankreich

weiterhin darauf, daß ihm nicht die Möglichkeit zu weiteren Fabrikneubauten genommen wird. Die meisten übrigen Vertreter wollen jedoch angesichts der internationalen Stickstoffüberproduktion von weiteren Anlageerweiterungen nichts wissen.

Zu diesen Gegenjägern, die natürlich eine Einigung über feste Produktionsquoten der einzelnen Länder unmöglich machen, kommt noch ein weiterer: Die Chilealpeterindustrie scheint den Verhandlungen fernbleiben zu wollen. Nachdem ein Teil der Chileanlagen mit amerikanischem Kapital (Guggenheim-Gruppe) modernisiert und erweitert worden ist und ferner ein Zusammenschluß aller Chilealpeterfirmen in einer einzigen Dachgesellschaft wahrscheinlich ist, muß die Chileindustrie wieder als sehr gefährlicher Konkurrent angesehen werden. Die Chile-Dachgesellschaft („Cejuna“) soll ein Aktienkapital von nicht weniger als 1,5 Milliarden Mark haben. Auch die dieser Tage vollzogene Gründung der Chilealpeter S. m. b. H. in Berlin (Kapital 1,5 Millionen) kann als vorbereitende Kampfhandlung aufgefaßt werden.

Gerade die offenbar ablehnende Haltung der Chilealpetergruppe hätte es wahrscheinlich gemacht, daß die europäischen Gruppen doch noch zu einer Einigung kommen werden. Im Augenblick sind aber die Aussichten eines internationalen (vorwiegend europäischen) Stickstoffpatents gering, wenn die Bemühungen auch eifrig fortgesetzt werden.

Nach einer englischen privaten Schätzung betrug 1929 die Weltstickstoffproduktion 2,165 Millionen Tonnen, der Weltverbrauch aber nur 1,963 Millionen Tonnen, was also um rund 200 000 Tonnen geringer als die Produktion. Bei der Produktion des Jahres 1929 waren jedoch die Anlagen nur zu etwa 75 Proz. ausgenutzt.

Die Handelspolitik der großagrarischen Vertreter aufs Spiel gesetzt. Die Arbeitslosigkeit muß sich noch stark vermehren, wenn es nicht gelingt, die agrarischen Zollinteressen auf ein volkswirtschaftlich erträgliches Maß zurückzuführen.

Rückgängige Reichsbahneinnahmen.

Aber neue Frachtermäßigungen für die Schwerindustrie.

Die Stuttgarter Tagung des Verwaltungsrats der Reichsbahn stimmte der Reichsregierung darin zu, daß die Arbeitsgelegenheiten auch durch neue Reichsbahnaufträge zu fördern seien. Die Reichsbahn will die Verhandlungen zur Beschaffung der erforderlichen Mittel beschleunigen und neue Aufträge vergeben, sobald diese Mittel gesichert sind. Die Einnahmen seien von Januar bis Juni 1930 um 310 Millionen (das sind etwa 6 Proz.) hinter den Einnahmen des Vorjahres zurückgeblieben. Neben der noch ausstehenden Genehmigung der Personalvermehrung werden von der Reichsregierung Maßnahmen zur dauernden Verbesserung der Betriebsrechnung verlangt, besonders in der dem Präsidenten des Reichswirtschaftsrats in seinem Schreiben an die Reichsregierung vorgeschlagenen Richtung (Senkung der Personalausgaben). Die Gütertariferhöhung wurde zunächst weiter vertagt.

Werkwürdig, daß bei dieser Lage die Reichsbahnverwaltung, wie die „Bergwerkszeitung“ meldet, an einem Tage gleich drei neue schwerindustrielle Tarifsenkungen vornimmt, eine Ausfuhrfrachtsenkung von 17 Proz. für Bleche und Matten aus Eisen oder Stahl, eine Inlandfrachtsenkung nach Belgien um 18 Proz. und eine Frachtermäßigung für die Erzefuhr über deutsche Seehäfen um 30—35 Proz.

Arbeitsbeschaffung der Reichspost.

Distussion über die Preise der Schwachstromindustrie.

In der Verwaltungsratssitzung der Reichspost wurde die Vergabe neuer Aufträge im Werte von 200 Millionen Mark angekündigt, die durch Einsparungen, Antelken und Vorkauf auf Aufträge von 1931 möglich ist. Reichspostminister Schädel erklärte, die Verhandlungen mit den Elektroindustrien hätten zu der gewünschten Preislenkung (von 10 Prozent) geführt. (Ein solcher Erfolg dürfte nicht vorliegen, da der Minister hinzusetzte, der Preisabbau sei schon seit einem Jahre im Fluß.) Einschließlich der „neuerdings“ zugestandenen Preislenkung von 5 Prozent erfolge ein Preisabbau um 10 bis 12 Proz., was auch für die Autoindustrie gelte. Es sei eine Verordnung der Reichsregierung zu erlassen, nach der für die neuen Aufträge nur inländische Rohstoffe verwendet werden dürfen.

Gegen die Feststellung, daß der Siemenskonzern noch immer 40 Proz. an den Postaufträgen verdiene, erklärte Staatssekretär Heppel, daß die Preise bei der am rationalsten arbeitenden Firma festgestellt würden und dann für alle anderen Vorgesellschaften gelten. Die Preisbildung erfolge durch einen Zuschlag von 10 Proz. zu den kontrollierten Selbstkosten.

Diese Feststellungen der Reichspost in einer alten Streitfrage haben an Beweisstrafe dadurch gewiß nicht gewonnen, daß Professor Dr. Seemann erklärte, der Guldbörsen-Frankfurt sei zu erheblichen billigeren Preisen bereit, werde aber aus dem Wettbewerb ausgeschlossen. Die von Salomon geforderte Nachprüfung durch Unparteiische müßte durchgeführt werden.

Bei der Reichspost ergibt sich für 1929 ein Gewinn von 22,7 Millionen, das Reich erhält davon 13,5 Millionen; 4,1 Millionen, die das Reich noch bekommt, werden jetzt gezahlt.

Verdoppelter Audi-Umsatz.

Rationalisierung im DAB-Konzern.

Die Audiwerte L. & S. Zwickau (Konzern „DAB“-Zwickauer Motorenwerke L. & S. Kasanauer L. & S.) konnten ihre Umsätze in den letzten einundzwanzig Jahren mehr als verdoppeln. Um einen 8-Zylinder-Bogen in mittlerer Preislage fertigzustellen herzustellen zu können, war vor einem Jahr das Kapital der Gesellschaft von 1,5 auf 2,5 Millionen erhöht worden. Dadurch stieg, wie nun in der Generalversammlung mitgeteilt wurde, der Umsatz 1929 um 38 Prozent gegenüber 1928 und im ersten Halbjahr 1930 um weitere 55 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr 1929. Der 1929 erzielte Reingewinn von 71 287 Mark wies zur Winderung des Verlustvorschlages vom Vorjahre (189 210 Mark) verwendet.

Der DAB-Konzern hat hier erneut seine glückliche Hand in der Kraftfahrzeugindustrie bewiesen. Im Audi-Umsatz trat die bei dem Unternehmen erzielten Gewinne nicht nur in Erscheinung; beim sie fließen zum Teil direkt an Firmen des DAB-Konzerns, die Halbfabrikate und Autoteile herstellen, ohne ihre Gewinnziffern zu veröffentlichen.

Die Motorradfabrik Schüttoff L. & S. Chemnitz, die gleichfalls zum DAB-Konzern gehört, macht ihren Aktionären Mitteilung vom Verlust des halben Aktienkapitals. Im vorigen Jahr hat sie noch eine Serie von 10 000 steuerfreien Motorrädern hergestellt. Jetzt wird ihre Fabrikation wohl von den Schöppner-Werken übernommen werden.

Deutsch-polnische Roggeneinigung.

Nach den jetzt abgeschlossenen deutsch-polnischen Roggenverhandlungen wird die bestehende Exportregelung um 1 Jahr verlängert. Neu ist die Bestimmung, daß die Quotenrechnung in Zukunft alle 2 Monate erfolgt. Bisher war eine jährliche Abrechnung üblich. Die kürzere Abrechnung wird zur Folge haben, daß nicht ausgenutzte Exportkontingente verfallen. Die Kommission selbst wird durch Zuwahl je eines Genossenschaftsvertreters erweitert. Sitz der Kommission bleibt Berlin. Die Polen hatten u. a. die Forderung aufgestellt, Dazig zum Sitz der Kommission zu wählen. Das bisherige Quotenverhältnis (60 : 40 zugunsten Deutschlands) ist unverändert geblieben.

Dem Handel ist es im Laufe der Verhandlungen gelungen, eine Herabsetzung der Exportabgabe an die deutsch-polnische Kommission von 2 auf 1 Mark durchzusetzen.

Die General Electric Co. meldet schwere Umsatzerlöse. Die aus New York gemeldet wird, ist der Gesamtwert der im zweiten Quartal bei der General Electric neu eingegangenen Aufträge um 10 Millionen Dollars hinter dem Auftragswert der gleichen Zeit des Vorjahres zurückgeblieben. Das ist gegenüber dem ersten Quartal dieses Jahres ein neuer Beschäftigungsrückgang um 8 Millionen Dollars. Im ersten Halbjahr 1930 ist gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres der Auftragsgang von 220 auf 190 Millionen Dollars oder um fast 14 Proz. gesunken.

Verantwortlich für Politik: Dr. Carl Geert; Wirtschaft: G. Altmann; Gesellschaftswesen: G. Altmann; Religion: G. Altmann; Politik und Sonstiges: Fritz Kersch; Anzeigen: H. Grottel; Druck: Druckerei-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Druckerei-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Druckerei-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Druckerei-Verlag G. m. b. H., Berlin.

Berliner Konsum im Juni.

38 882 Neuaufnahmen im Geschäftsjahr 1929/30.

Im Juni wurden wieder 2038 Haushaltungen für die Berliner Verbraucherorganisationen gewonnen. Im 31. Geschäftsjahr, das am 30. Juni 1930 abschloß, ergab sich ein Neuzugang von 38 882 Mitgliedern. Noch in diesem Jahre zuvor war ein derartig starker Zugang neuer Mitglieder festzustellen; es darf gesagt werden, daß wohl in keiner Genossenschaft Deutschlands und des Auslandes jemals eine ähnlich hohe Aufnahmegewinnung zu verzeichnen gewesen ist.

Der Mitgliederbestand erhöhte sich auf 200 867, wovon 21 784 Mitglieder in Abzug zu bringen sind, die infolge Mitgliedschaftsübertragung, Kündigung, Ausschlus und Tod ausstiegen. Die Zahl der Ausstufungen ist mit 16 155 besonders hoch, weil die Mitgliedslisten einer gründlichen Bereinigung unterzogen wurden. Nach Abzug der ausgeschiedenen Mitglieder verbleibt am 1. Juli 1930 ein Mitgliederbestand von 188 083; gegenüber dem 1. Juli 1929 ergibt sich eine effektive Zunahme von 17 098 Mitgliedern.

Im Umsatz verzeichnete der Monat Juni 1930 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres eine Steigerung um 94 155 Mark (1,6 Prozent) auf 5 971 240 Mark. Der mäßige Prozentanstieg der Umsatzsteigerung erklärt sich zum Teil aus dem Umstand, daß der diesjährige Juni nur vier Hauptverkaufstage (Sonntage) umfaßte, während es im Vorjahre fünf waren. Auch ist die im Vergleich zum Vorjahre wesentlich verschlechterte wirtschaftliche Lage der breiten Bevölkerung, die zur Einschränkung im Warenbezug führte, in Rechnung zu stellen.

Die konjunkturgenossenschaftliche Sparkasse hatte Ende Juni einen Einlagenbestand von 46 026 198 Mark. Es standen den Einzahlungen in Höhe von 1 655 406 Mark 1 206 483 Mark Auszahlungen gegenüber; die Zunahme beträgt demnach 446 971 Mark.

Dem Reg. der genossenschaftlichen Warenvermittlungstellen wurden neu eingegliedert: 3 Lebensmittelabgabestellen (Berlin N., Ansterdamer Str. 17a; Berlin D., Frankfurter Allee 18; Weihensee, Charlottenburger Str. 20/30) und eine Fleischnachabgabe (Berlin N., Ansterdamer Str. 17a).

Agrarzölle hindern Industrieexport.

Deutsche Waren in Finnland boykottiert.

Der „Maschinenbau“, das Organ des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten, berichtet in seiner Nummer vom 19. Juni Texten, die eine vernichtende Kritik der agrarischen Zollpolitik des neuen Kabinetts beinhalten. Eine Maschinenbaufirma erhielt zum Beispiel von ihrer finnischen Vertretung laut „Maschinenbau“ folgendes Schreiben:

„Sie dürfen nicht verkennen, daß hier bei uns sich nachgerade eine gewisse Antipathie gegen deutsche Waren bemerkbar macht... Finnlands bisherige Aushuhr nach Deutschland, besonders in Holzwaren und Butter, ist durch die von Deutschland festgesetzten Zölle beinahe zu einer Unmöglichkeit gemacht worden, und es werden deshalb jetzt beim Einkauf von Industrieerzeugnissen nach Möglichkeit andere Länder bevorzugt, auch wenn die Preise nicht ganz so vorteilhaft sind. Gegenwärtig sieht es leider auch so aus, als ob der... in Frage stehende Zutritt nach England oder Frankreich gehen wird, da deutsche Erzeugnisse so viel wie möglich boykottiert werden. Wir bemerken, daß zum Beispiel auch auf der Ende April stattgefundenen Verammlung der Einfuhrzölle finnischer Papier- und Zellulosefabriken auf diesen Boykott hinzielende Beschlüsse gefaßt wurden.“

Einer anderen Firma wurde von finnischen Geschäftsfreunden geschrieben:

„Durch die neuerlichen Erhöhungen der Agrarzölle, an denen Finnland als Importeur nach Deutschland wesentlich interessiert ist, hat nun scheinbar der Industrielle Verein in Finnland seinen Mitglidern anraten, mit allen Mitteln die Einfuhr aus Deutschland zu drohen und möglichst das Geschäft mit England zu forcieren, da England in viel größerem Umfange nach wie vor Abnehmer finnischer Erzeugnisse ist und Tendenz auf Zollerhöhungen oder dergleichen nicht besteht.“

Anschließend wird mitgeteilt, daß sich ein bereits vor dem Abschluß stehendes Geschäft zerlegt hat und daß weiterhin die deutschen Exportausfuhren immer schlechter werden. Ein weiteres ähnliches Schreiben wird aus Polen angeführt.

Diese Boten sind Alarmrufe. Die deutsche Gesamtwarenexporte nach den europäischen Ländern — nach Europa gehen 80 Prozent der deutschen Gesamtwarenexporte — wird durch die Agrar-

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater geschlossen!

Abonnements-Anmeldungen

für die Spielzeit 1930-31 (Beginn am 1. September)

werden auch während der Theaterferien entgegengenommen:

- für die Staatsoper und das Staatl. Schauspielhaus vom Abonnementsbüro, Berlin W56, Oberwallstr. 22. — Fernspr. Merkur 9024.
- für das Staatl. Schillertheater vom Abonnementsbüro, Berlin-Charlottenburg, Grolmanstraße 70. — Fernspr. Steimpl. 6715.

Winter Garden

8.15 Uhr — Beginn 8.45 Uhr
Curtis Söllersagen usw.

Volksbühne

Theater am Blomplatz.
8 Uhr
Zum 1. Male:
Der fröhliche Weinberg
Lustsp. in 3 Akten
von Karl Zuckmayer
Regie: E. L. Kuhn.

Deutsches Theater

8 2 Weidenm. 5281
8 Uhr

Phaea

von Fritz v. Unruh
Regie: Max Reinhardt
Musik: Friedrich Schöller
Schauspieler Ernst Seibt.

Die Komödie

11 Bismck. 241/4751
8 1/2 Uhr
Wie werde ich reich und glücklich?
Es kann in 11 Abteilungen
von Fritz Jacobson
Musik von Hugo Spitznagel.
Regie: Erich Engel
Schauspieler:
Ludwig Lenz

Operettenhaus

(Central-Theater)
Dönh. 2047
Alte Jakobstr. 40-52
Der großen Hitze wegen
geschlossen.
Wiedereröffnung
am 1. August

Renaissance-Theater

9 Uhr
Stellplatz 6790.
Die
Wunder-Bar
Revuestück

Berliner Prater

Kastanienallee 7-9
Täglich 10 Uhr
der große Varieté-Teil.
Eine anerkennende
Burleske 8.15 U.
Gustl Beer, Grell
Lilich, Alex Haber,
V. von Kobylanska
in die
Rose von Stambul
Operette in 3 Akten
von Leo Fall
Grobes Kalkthoden
Eintrittspreis von
30 Pl. an

Das Land des Lächels

Franz Lehars
Sensationserfolg!

Theater d. Westens

Täglich 8 1/2 Uhr.
Das Land des Lächels
Franz Lehars
Sensationserfolg!

Theater i. d. Behrenstr. 53-54

8 1/2 U. A. 2. Zentrum 926/927
Dirigieren Ralph Arthur Roberts
Mein Vetter Eduard
Schwank in 3 Akten von Fred Robs

PLAZA

Tägl. 8 u. 8 1/2
Sonnt. 2, 5 u. 8 1/2
Alex. E. 4. 8666
Internationale Attraktionen

ROSE

Theater
Große Frankfurter Str. 132
Bismck. 241/4751 u. 3494
Monte letzter Tag

Rosenfest im Rose-Garten

Tausende von Rosen, Rosenfeuerwerk, Tanz im Freien, Rosen Garten - Beleuchtungsattrakte, Varietétheater, - Will Rosen am Pöckel. - 8 1/2 Uhr:
„Verliebte Leute“
Operette von Königs
im Innentheater Täglich 8.15
„Die andere Seite“
- der große künstlerische Erfolg bei der gesamten Presse Berlins.
Paul Klee als Kompositoreur

Reichshallen-Theater

1 Uhr
Stettiner Sänger
Das große Programm!
Eckharts-Brühl und Garten
Varieté - Konzert - Tanz